

5. Die *Heydays* des SVP-Populismus und die rechtspopulistische Hegemonisierung des nationalpopulären Imaginären

Die zuletzt konstatierte Heterogenität der gemeinsam artikulierten Differenzen verweist auf das grundlegende Dilemma populistischer Projekte. Zum einen hängt ihr Erfolg davon ab, dass sie möglichst viele Standpunkte, Forderungen und Ziele in sich vereinigen. Nur unter der Bedingung einer weitreichenden, integrativen Äquivalenz können sich ihre partikularen Agenden semantisch in ein subjektiv begehrtes, abwesendes Allgemeines transformieren. Zum anderen droht bei Ausuferung der Äquivalenz und zunehmender Inkompatibilität der verknüpften Differenzen die Zersplitterung in unterschiedliche Lager. Wenn die Äquivalenz gegen unendlich läuft, wird sie unbeherrschbar, die Zahl potentieller innerer Antagonismen und mit ihr die Wahrscheinlichkeit der Implosion steigt. Begrenzt ein politisches Projekt dagegen die Äquivalenz, indem es bestimmte Momente ausschließt, erhöht sich zwar seine Kohärenz, doch reduziert sich seine Integrationskraft gegenüber unerfüllten Forderungen und marginalisierten Positionen. Die folgende Analyse, die bei den Nationalratswahlen von 1999 ansetzt, soll zeigen, mit welchen Strategien die SVP diesem Dilemma begegnet, um einen außerordentlich stabilen populistischen Diskurs zu kreieren.

5.1 DIE NATIONALRATSWAHLEN 1999

A) Das Ereignis

Trotz des sensationellen Erfolgs bei der EWR-Abstimmung hatte die SVP bei den Nationalratswahlen von 1995 nur vergleichsweise geringe Zuwächse erzielt. Mit 14,9 Prozent war sie hinter der SP, der FDP und der CVP die schwächste im

Bundesrat vertretene Partei geblieben. Fünf Jahre später, bei den Nationalratswahlen am 24. Oktober 1999 verbuchte sie einen „erdbebenartigen Sieg“¹. Die Partei erreichte 22,5 Prozent. Sie konnte ihren Stimmanteil um 7,6 Prozentpunkte steigern und war gemeinsam mit der SP die stärkste politische Kraft des Landes. Erstmals konnte sie landesweit reüssieren. Auch dort, wo die Partei bis dahin kaum oder gar nicht präsent war, in großstädtischen Kantonen wie Basel und Genf oder in der Westschweiz, in den Kantonen Freiburg, Waadt und Wallis, verbuchte sie signifikante Stimmzuwächse. In den neuen Hochburgen der Ost- und Zentralschweiz erreichten die Blocher-treuen Kantonssektionen bis zu 40 Prozent.

Das Wahlprogramm war erstmals maßgeblich vom Zürcher Flügel geprägt. Die SVP forderte eine Senkung der Staatsquote, mehr Freiheit und Selbstverantwortung, mehr Polizeipräsenz, die Wahrung einer unabhängigen, neutralen und souveränen Schweiz, sowie die Reduktion der Fürsorgeleistungen für Asylbewerber.² Nach der Wahl war sich daher nicht nur Blocher sicher, dass der Erfolg der SVP im Wesentlichen von der Kantonssektion Zürich ausginge; auch für mittelinkgerichtete Zeitungen wie etwa die französischsprachige *Le Temps* stand fest, dass die SVP ihren Wahlsieg auf der nationalen Ebene der politischen Arbeit des Zürcher Flügels zu verdanken habe. Schließlich hatte die Zürcher Sektion bereits im April, bei den Kantonsratswahlen für ein politisches Vorbeben gesorgt, als sie 60 der 180 Sitze holte.³

Der Stimmzuwachs der SVP ging in erster Linie zu Lasten der bürgerlichen Mitte⁴ sowie zu Lasten der Kleinst- und Kleinparteien des rechten Randes.⁵ Trotz des Rechtsrucks der Partei strömten die Wähler/innen also von beiden Seiten zur SVP.

Aufgrund der signifikanten Machtverschiebungen beanspruchte die SVP nach den Nationalratswahlen einen zweiten Bundesratssitz und die anderen Parteien erkannten diese Forderung prinzipiell an. Als die SVP jedoch beschloss,

1 Longchamp 2000: 394.

2 SVP-Parteiprogramm 1999.

3 Blocher zit. in: Banz 1999 u. Hans 1999.

4 Die FDP verpasste erstmals in ihrer Geschichte die 20 Prozentmarke, die CVP erreichte nur 15,9 Prozent.

5 Vgl. Longchamp 2000: 409. Vergleicht man die Wählerwanderungen mit anderen europäischen Staaten, fällt auf, dass relativ wenige Wähler von der SP zur SVP wechseln, wohingegen sich die Wähler/innen anderer rechtspopulistischer Parteien zu großen Teilen aus einem sozialdemokratischen Milieu rekrutieren (vgl. Longchamp 2000: 409).

mit der Kampfkandidatur Christoph Blochers nicht gegen die Bundesräte der stark geschwächten CVP, sondern gegen die SP und ihre Bundesräte Moritz Leuenberger und Ruth Dreifuss anzutreten, stimmten auch die Fraktionen der bürgerlichen Parteien mit dem Verweis auf die Unantastbarkeit des Konkordanzprinzips mehrheitlich für Leuenberger und Dreifuss. Somit änderte sich die Zusammensetzung der Regierung trotz der außerordentlichen Wählerbewegungen nicht: Die SP, die FDP und die CVP stellten jeweils zwei Bundesräte, die SVP als Wahlsiegerin lediglich einen Bundesrat, der weiterhin durch Blochers wichtigsten innerparteilichen Gegenspieler, den moderaten Berner Adolf Ogi eingenommen wurde.⁶

Der nationalkonservative Parteiflügel drohte daraufhin mit dem Gang in die Opposition und als Ursula Koch, die Präsidentin der SP, die Bildung einer „Koalition der Vernunft“ (aus FDP, CVP und SP) vorschlug,⁷ griffen Blocher & Co diese politische Kampfansage gerne auf. Denn entgegen anderer Vorstöße innerhalb der SP, die auch um eine scharfe Abgrenzung von den Freisinnigen bemüht waren, leistete dieser Slogan nichts anderes, als die von der Zürcher SVP vorangetriebene Spaltung des politischen Raumes zu affirmieren.⁸ In Kochs Selbstbeschreibung fand der populistische SVP-Flügel sein ideales politisches Pendant: ein in ‚Orientierungslosigkeit, Internationalismus und Staatsgläubigkeit geeintes kosmopolitisches Anderes‘, das sich als rationales und progressives Anderes stilisiert. Für die SVP galt es lediglich, die antagonistische Leitdifferenz des Sozialliberalismus ‚fortschrittlich-vernünftig/reaktionär-unaufgeklärt‘ in die eigene Leitdifferenz ‚fremd/heimisch‘ zu übersetzen.

6 Ogi trat bereits ein Jahr später, im Dezember 2000 zurück. Das Parlament lehnte die offiziellen Bundesratskandidaten der SVP, die Zürcher Regierungsrätin Rita Fuhrer und den Thurgauer Regierungsrat Roland Eberle ab und wählte mit Samuel Schmid erneut einen Vertreter des Berner Flügels in den Bundesrat.

7 Vgl. Bürgi 1999: 182.

8 Der Fraktionsvorsitzende der SP, Franco Cavalli, räumte dagegen ein, dass die Sozialdemokratie genau mit derlei Formeln wie sie im Rahmen der Konzeptionen des Dritten Weges, der Neuen Mitte und der Politik der Mitte zuhauf finden, mitverantwortlich für den Aufstieg des Rechtspopulismus in Europa sei (Cavalli, zit. nach: [o.A.] NZZ 148/2000). Für eine linke Kritik an der Mitte-Orientierung der SP vgl. Lang 2000: 108.

B) Kontext und Wahlkampf: Die Polarisierung des gemäßigt pluralistischen Parteiensystems

Wohingegen die SVP Schweiz in der Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie in der Außen-, Migrations- und Sicherheitspolitik dem Zürcher Kurs folgte, schoben die Delegierten der Akzentuierung des populistisch-oppositionellen Profils, die Blocher mit seinen Vorschlägen zur Stärkung der direkten Demokratie fortführte, einen Riegel vor. Bereits im Vorjahr war Blocher innerparteilich heftig kritisiert worden, nachdem er auf dem Albisgütli für die Direktwahl des Bundesrates geworben hatte, um den „verkommenen, undurchsichtigen Ränkespielereien der Parlamentarier“ zu beenden und die „heutige Scheinkontrolle durch Parlament und Medien“ durch eine „wirkungsvollere Kontrolle unserer Regierung durch das Volk“ zu ersetzen.⁹ Als er im Wahljahr gemeinsam mit Vertretern der Schweizer Demokraten, der Freiheitspartei und der Lega eine Initiative ankündigte, nach der eingereichte Initiativen künftig innerhalb einer verbindlichen Frist von sechs Monaten der Abstimmung zu unterbreiten sind, fand er dafür ebenfalls keine Mehrheit in der Partei.¹⁰ Zumal er sich mit dem Untertitel der einschlägigen Annonce *Wenn in der Schweiz das Volk spricht, haben Politiker zu schweigen* den Vorwurf einhandelte, die etablierten *checks and balances* der Schweizer Demokratie aus dem Gleichgewicht zu bringen.¹¹

Als strategisch kluger Schachzug erwies sich dagegen der Plan, unter Ausschluss der SP eine bürgerliche Regierung zu bilden.¹² Zwar hatte Blochers Vorhaben keine Aussicht auf Erfolg, da die FDP, die CVP und auch der gemäßigte SVP-Flügel nicht bereit waren, die SP von der Regierung auszuschließen und mit der Zauberformel und der Konkordanz zu brechen, doch verlangte es der bürgerlichen Mitte ab, sich innerhalb des von Blocher entworfenen binären Dis-

9 Blocher 1998.

10 Die Initiative für die Direktwahl des Bundesrates brachte die SVP erst im Jahr 2013 vors Volk und wurde mit 76,3 zu 23,7 Prozent deutlich abgelehnt. Die sogenannte Maulkorb-Initiative wurde 2003 von dem rechten Verein Bürger für Bürger unter dem Namen „Volksouveränität statt Behördenpropaganda“ neu aufgelegt, scheiterte aber beim Referendum trotz der Unterstützung der SVP mit 75,2 zu 24,8 Prozent ebenfalls deutlich.

11 So etwa seitens des FDP-Bundesrates Pascal Couchepin (Blocher/Couchepin 1999). Die von ihren Gegnern als „Maulkorb-Initiative“ titulierte Volksbegehren verbot Bundesrat und Parlament zwar nicht etwa die Stellungnahme zu künftigen Initiativen, doch schränkte es die Reaktionsmöglichkeiten des Parlamentes stark ein.

12 Blocher 1999a.

sens-Szenarios zu positionieren. Die kalkulierte Absage von Seiten der CVP, der FDP und Teilen der eigenen Partei führte den Wählern vor Augen, dass die bürgerliche Mitte lieber mit der SP kooperierte, als mit der Zürcher SVP für eine bürgerliche Schweiz zu politisieren.

C) Folgen der Nationalratswahlen: Die Radikalisierung der SVP und die Dislokation des Konkordanzsystems

Zusammenfassend lassen sich folgende vier Punkte festhalten:

- (1) Die SVP Schweiz stimmte inzwischen mit der Mehrzahl der politischen Forderungen des Zürcher Flügels überein. Die Partei sah ihre Zukunft als rechte Alternative zu CVP und FDP. Strittig war dagegen die strategische Positionierung gegenüber den politischen Gegnern: Nach wie vor warnten die Spitzen der Berner SVP vor der harten Oppositionspolitik des Zürcher Flügels, ihrem ‚chronischen Neinsager-Kurs‘, vor der Allianz mit der AUNS und ihrem vehementen politischen Stil. Blocher warf den Bernern dagegen „die Verachtung des Volkes“¹³ vor und profilierte die Partei als bedingungslose Oppositionspartei.
- (2) Nach der Nationalratswahl, als sich die SVP hinter Blochers Plan stellte, gegen die SP-Bundesräte zu kandidieren, spiegelten die anderen Parteien die von der Zürcher SVP intendierte Vereinfachung des politischen Raumes erneut, indem sie sich selbst als pragmatisch-problemlösende ‚Koalition der Vernunft‘, die SVP als ideologisch verbohrtete Partei präsentierten.
- (3) Die Nationalratswahlen bewirkten, wie Claude Longchamp in seiner Wahlanalyse treffend konstatiert, in erster Linie eine „Umgruppierung des bürgerlichen Lagers“. Aus drei „kulturell determinierten und regional definierten Repräsentationsparteien“, die sich ihre Machtanteile nicht streitig machen, seien politische Richtungsparteien geworden, die miteinander konkurrieren.¹⁴
- (4) Im Zuge dieser Transformation des bürgerlichen Lagers ging auch der gemäßigt pluralistische Charakter des Parteiensystems verloren, wodurch wiederum das Konkordanzsystem zur Disposition stand. Denn Kompromisse, Verlässlichkeit und Kollegialität schienen mit einer fundamentaloppositionellen SVP nicht mehr praktikabel.

13 Zit. nach: Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern [o.J.]; 14.

14 Longchamp 2000: 415.

D) Politologische Ursachenanalysen des SVP-Wahlerfolges

Die von Claude Longchamp geleitete quantitative Wahlanalyse der *Gesellschaft für praktische Sozialforschung* macht deutlich, dass der Erfolg der SVP keineswegs auf einer klientelpolitischen Strategie gründet.¹⁵ Wenngleich die Partei bei ihren traditionellen Stammwählern (Protestanten, Mittelständlern, Bürgern mit geringem Einkommen, Männern und Bewohnern des ländlichen Raumes) nach wie vor überproportional erfolgreich ist und bei bestimmten Wählergruppen, wie etwa den Katholiken besonders große Zuwächse verbuchen konnte, büßte sie bei keiner der untersuchten Bevölkerungsgruppen (auch nicht bei den Arbeitnehmern, Bürgern mit hohem Einkommen, Frauen und Städtern) Stimmen ein.¹⁶ Vielmehr bilde die radikalisierte SVP aus Longchamps Sicht ein „neues und starkes Gravitationszentrum im bürgerlichen Lager“¹⁷, das „verschiedenartige, volatile Potentiale der schweizerischen Wählerschaft“¹⁸ angesprochen habe. Der Aufschwung der SVP sei auf ein „Zusammenspiel von Unzufriedenheit und Protestverhalten“¹⁹ zurückzuführen, dabei habe die Partei von „spezifischen Umständen im Wahljahr“²⁰ profitieren können.

Wenngleich die SVP bei den Nationalratswahlen 1999 von besonderen Umständen profitiert haben mag, lässt sich das Wahlergebnis aus heutiger Sicht, vor dem Hintergrund der außerordentlichen Kontinuität ihrer Erfolge seit 2000 weder durch „volatile Potentiale“²¹ erklären noch als ephemerer Ausschlag bagatelisieren.

15 Vgl. Longchamp 2000.

16 Vgl. ebd.: 405ff. Zu den markanten Stimmzuwächsen der SVP in der katholischen Wählerschaft vgl. Hirter 2000: 17.

17 Longchamp 2000: 415.

18 Ebd.: 408.

19 Ebd.: 408.

20 Ebd.: 416. Zu nennen sind in erster Linie drei Ereignisse: (1) Die gewaltsame Eskalation des Kosovokonflikts erhöhte die Virulenz von zwei privilegierten Politikfeldern der SVP: Außen- und Sicherheitspolitik sowie die Asylpolitik (vgl. SVP 1999a). (2) Zudem profitierte die SVP davon, dass sich die FDP stärker in der Mitte des politischen Spektrums positionieren wollte und sich dabei an der von Schröder und Blair verkörperten Idee der Neuen Mitte orientierte. (3) Schließlich konnte die SVP den Skandal um Blochers „unbewusstes“ Lob eines Holocaust-Leugners für sich nutzen, indem sie die Affäre als „Schmutzkampagne“ diskursivierte.

21 Longchamp 2000: 408.

In diese Richtung argumentierte der Politologe Hanspeter Kriesi bereits im Jahr 2002. Kriesi geht davon aus, dass die Identitätskrise, in welche die Schweiz im Zuge der Debatten um den Eizenstat-Bericht und die Infragestellung der Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre geraten war, den Hintergrund für den Durchbruch der SVP darstellt. Er belegt, dass die verbreitete Identifikation mit der Geschichte der Schweizer Nation den Ausschlag für den Wahlerfolg der SVP gab, wobei er die nationale Identität der Schweiz anhand des Nationalstolzes und der Rechtmäßigkeit der Kritik an der Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg messbar zu machen versucht.²²

Der Schwachpunkt dieser Argumentation besteht indes nicht nur in einer streitbaren Operationalisierung nationaler Identität. Das Problem dieser Analyse ist vielmehr theoretischer Natur. Wenn Kriesi nationale Identität als maßgebliche unabhängige Variable für die Wahlentscheidung begreift, dann präsupponiert er ein stabiles Nationalbewusstsein, einen vorpolitischen Modus des Selbstverstehens der Schweizer/innen, der immer schon als solcher existent war, aber erst im Wahljahr 1999 politisch virulent wurde. Diese Perspektivierung lässt den Erfolg der SVP als Ausdruck einer vermeintlich monolithischen und primordialen Entität erscheinen und blendet aus, dass nationale Identität erst im Zuge eines konfliktimmanenten Konstruktionsprozesses hergestellt und aktualisiert wird. Und mehr noch: Indem sie diese Kollektividentität nicht als Effekt, sondern als Basis der Rhetorik der SVP konzipiert, läuft sie Gefahr, die identitätspolitische Hegemonie der SVP schlichtweg zu reproduzieren.²³

Ähnliches gilt für die Untersuchung von Matthias Brunner und Pascal Sciarini sowie für jene von Simon Bornschieer und Marc Helbing.²⁴ Die Politologen belegen anhand empirischer Umfragen, dass die Konfliktlinie zwischen ‚Öffnung und Abgrenzung‘, mit der die SVP politisiert, zur strukturierenden Konfliktlinie des Schweizer Parteiensystems avanciert ist. Sie fragen jedoch nicht nach der Einrichtung dieser *Cleavage*, sondern führen sie auf eine vorpolitische Transformation von Werten, Einstellungen, Interessen und Zukunftserwartungen zurück. Auch hier suggeriert das Erklärungsmodell, die Identitätspolitik der Zürcher SVP sei nichts weiter als das kongruente politische Abbild eines ge-

22 Vgl. Kriesi 2002.

23 Die Tatsache, dass Kriesi nationale Identität anhand des Nationalstolzes und der Zurückweisung der Kritik der Schweiz im Zweiten Weltkrieg operationalisiert (Kriesi 2002: 569f.), lässt darauf schließen, dass er der Identitätspolitik der SVP auch praktisch aufsitzt.

24 Vgl. Brunner/Sciarini 2002 u. Bornschieer/Helbing 2005: 32ff.

gebenen Willens, ihre Rhetorik nichts weiter als der opportunistische Versuch, eine milieu- oder schichtenspezifische Nachfrage zu saturieren.²⁵

5.2 GESCHICHTSPOLITIK: DIE KONSTRUKTION EINES *HEARTLAND*

„Meine Damen und Herren, die Gegenwart ist nichts anderes als eine Fortsetzung dieser ewigen Auseinandersetzungen zwischen Freiheit und Unfreiheit.“

BLOCHER 2011A: 12

Im Unterschied zu diesen Erklärungsansätzen beschäftige ich mich nicht mit der sozialstrukturell bedingten Nachfrage nach dem Politikangebot der SVP, sondern fokussiere den performativen Effekt ihrer Rhetorik. Mir geht es um die diskursive Organisation des besagten „Zusammenspiels von Unzufriedenheit und Protestverhalten“²⁶. Denn erst aufgrund dieser Organisation konnte die SVP zum besagten politischen „Gravitationszentrum“²⁷ innerhalb des bürgerlichen Lagers avancieren und die rural geprägten, ehemals CVP-dominierten „katholischen Stammlande“²⁸ der Schweiz erobern. Die von Brunner, Sciarini, Bornschieer und Helbing konstatierte Virulenz der Konfliktlinie zwischen ‚Öffnung und Abgrenzung‘ spielt dabei eine ebenso zentrale Rolle wie die von Kriesi fokussierte Krise und Restauration der nationalen Identität, doch werden sie nicht schlichtweg vorausgesetzt. Es wird vielmehr gezeigt, wie der SVP-Populismus die Bedeu-

25 Marc Helbing (2011) und Simon Bornschieer (2009 u. 2010) machen dieses Problem in späteren Publikationen explizit. So betont etwa Helbing, dass rechtspopulistische Parteien diese Konfliktlinie „mitstrukturieren“ und „traditionelle kollektive Identitäten, die auf Klasse und Religion basierten, spalten“ (2011: 14f.). Simon Borschieer (2009: 14) argumentiert, dass sich die zukünftige Forschung politischen Akteuren mehr Bedeutung bei der Kreation der Konfliktlinien zusprechen müsse. Dagegen wurde hier argumentiert, dass das Struktur-Akteurs-Modell, an dem Helbing und Bornschieer festhalten, die sozialperformative Quintessenz von populistischer Politik im Spezifischen und von Politik im Allgemeinen systematisch verfehlt.

26 Longchamp 2000: 408.

27 Ebd. : 415.

28 Lang 2000: 97.

tung der Nation im Rahmen eines populistischen Gemeinschaftsmythos fixierte und als milieu- und schichtenübergreifende identitätsstiftende Instanz revitalisierte.

In den Mittelpunkt rückt damit in erster Linie die Reinterpretation der Schweizer Geschichte. Denn im Rahmen der Geschichtspolitik gelang es Blocher & Co, die traditionell identitätsstiftenden Begriffe der politischen Schweiz mit dem eigenen ideologischen Repertoire zu verweben und sich zu den neuen *Helden* einer Schweizer Universalgeschichte zu stilisieren. Mein Erkenntnisinteresse richtet sich daher erneut auf die Hegemonie der Zürcher SVP in der Konstruktion nationaler Identität.

Im Zentrum steht hierbei in erster Linie der Begriff des ‚Schweizer Sonderfalls‘. Denn dieser Begriff, der auch für den ehemals vorherrschenden konkordanzdemokratischen Diskurs einen Ausgangspunkt in der Konstruktion der Willensnation konstituierte, bildet auch im SVP-Populismus den Knotenpunkt, in dem die partikulare Identität des Zürcher Flügels mit der allgemeinen Geschichte der Schweiz vernäht wird. Doch im Unterschied zum konkordanzdemokratischen Diskurs liegt Blochers Diskursivierung des Sonderfalls nicht etwa die Vorstellung einer heterogenen Bevölkerung zugrunde, die nur durch Konsens und Kompromiss integriert werden könne. Die Zürcher SVP postuliert vielmehr eine organisch-natürliche Gemeinschaft. Konstitutiv für diesen Gemeinschaftsmythos ist die Abgrenzung von einem in unterschiedlicher Gestalt wiederkehrenden Bedrohungskomplex, der sich aus einer europäischen Großmacht im Außen und aus zersetzenden Kräften im Innen zusammensetzt. Die Schweiz erscheint in diesem Diskurs nicht als vorbildhafte, konkordanzdemokratisch integrierte Musterrepublik – nicht als spezifische Differenz innerhalb der Gemeinschaft westlicher Demokratien, sondern als letzte Bastion von Freiheit, Pluralismus, Demokratie und Gemeinschaftlichkeit, die durch ein halbtotitäres, halbchaotisches politisches Umfeld bedroht ist.

Im Zuge dieser Diskursivierung des Sonderfalls wandeln sich auch die Semantiken etablierter Identifikationsbegriffe der politischen Schweiz. Der Pluralismus beispielsweise erscheint angesichts der Bedrohung durch ein europäisches, bürokratisch-zentralistisches und sozialistisch-gleichmacherisches Außen nicht in erster Linie als innenpolitische Herausforderung, der konkordanzdemokratisch begegnet werden muss, sondern als bedrohtes Gut, das es gemeinsam zu beschützen gilt. Das evozierte Konfliktszenario lässt insofern die paradoxe Eventualität eines *pluralistischen Populismus* erscheinen, dessen kohäsive Wirkung nicht auf einem substantiellen Homogenitätspostulat, sondern auf der Bedrohung durch einen vermeintlich antipluralistischen Antagonisten gründet. Jedoch wird diese Eventualität im Fall des SVP-Populismus durch die geschichtspolitische

Konstruktion einer parochial-selbstbezogenen, hierarchisch geordneten und harmonischen ‚Schweizer Urgesellschaft‘ konterkariert, die anstelle von Demokraten „politisierte Nicht-Bürger“²⁹ hervorbringt.

Im Folgenden versuche ich diese These zu untermauern, indem ich die Geschichtspolitik des SVP-Populismus anhand einer Reihe von Feinanalysen rekonstruiere. Im Mittelpunkt des folgenden Kapitels (5.2.1) steht Blochers Rede „Die Schweiz und der Zweite Weltkrieg“ aus dem Jahr 1997. Ich möchte zeigen, inwiefern die Vorstellung einer ursprünglichen, organischen Gemeinschaft auf die simultane Konstruktion einer anorganischen, zersetzenden Gegengemeinschaft angewiesen ist. Im darauffolgenden Kapitel (5.2.2) folgt sodann eine Analyse der geschichtspolitischen Passagen aus den Albigüetli-Reden der Jahre 1998³⁰ und 1999³¹, die offenlegt, dass die Hegemonisierung des nationalen Imaginären durch die Zürcher SVP auf einer zyklisch-periodischen Geschichtstheorie gründet, die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft in einem transhistorischen, binär-antagonistisch strukturierten Szenario synchronisiert.

5.2.1 Das Organische und das Zersetzende

Im Jahr 1995 erhob der Präsident des Jüdischen Weltkongresses Edgar Bronfmann erstmals öffentlich den Vorwurf, die Schweizer Nationalbank hätte während des Zweiten Weltkrieges Gold gekauft, das von Holocaust-Opfern stammte, und verlangte die Einrichtung eines Fonds für die Hinterbliebenen. Die Nationalbank beteuerte, nichts von der Herkunft etwaiger herrenloser Vermögen gewusst zu haben, räumte aber auch ein, dies nicht ausreichend geprüft zu haben. Um den Vorwürfen auf den Grund zu gehen und die Schweizer Außenhandelspolitik mit Nazi-Deutschland zu untersuchen, setzte die US-Regierung eine Expertenkommission unter dem Vorsitz von Stuart Eizenstat ein. Die Schweizer Regierung beauftragte ihrerseits die Bergier-Kommission, die Außen- und Flüchtlingspolitik der Schweiz während des Zweiten Weltkrieges aufzuarbeiten.

Die Diskussion über das Raub- und Totengold in den Tresoren der Nationalbank weitete sich zu einer Debatte über die allgemeine Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg aus. Dabei wurde das ehemals vorherrschende Selbstbild des demokratischen Kleinstaates, der den faschistischen Achsenmächte die Stirn geboten hatte und seine humanitäre Tradition wahren konnte, durch die zeitgenös-

29 Greven 1999: 205.

30 Blocher 1998.

31 Blocher 1999b.

sische Geschichtsschreibung teilweise infrage gestellt.³² Der in der Bergier-Kommission vertretene linke Historiker Jakob Tanner interpretierte das einstige Symbol des nationalen Widerstandswillens des *Réduit* als Rückzug und attackierte das Neutralitätsprinzip als opportunistische Geste.³³ Ausländische Medien und Schweizer Intellektuelle wie Adolf Muschg und Jean Ziegler hielten der Identität des hehren, wehrhaften Musterstaates die hässliche Fratze des mitschuldigen Hehlers und Kriegsgewinners entgegen.³⁴ Die Historiker Philipp Sarasin und Regina Wecker diagnostizierten „das Ende der *Réduit* Schweiz“³⁵ und forderten eine „Neuorientierung“³⁶ eines Schweizbildes. Und auch für die Leitmedien der politischen Mitte stand fest, dass die „tiefen Verstrickungen der Schweizer Wirtschaft“ mit den Achsenmächten den „selbstgerechten Mythos“ einer neutralen, wehrhaften und unabhängigen Schweiz ein für alle Mal disqualifiziert hätten.³⁷

Der Bundesrat äußerte sich zwar kritisch zu einzelnen Vorwürfen Bronfmans und den harschen Wertungen in der Einleitung des Eizenstat-Berichts, zeigte sich aber offen für eine internationale Aufarbeitung der Schweizer Geschichte.³⁸ Die diplomatisch-kooperative Position der Regierung bot der Zürcher SVP die Gelegenheit, sich als einzig verbliebene Kraft zu präsentieren, die der Identitätskrise trotze und das positive Selbstbild der Schweizer Nation aufrecht erhielt, indem sie sich der psychologischen Kriegsführung des feindlichen Auslands als den *primären Feinden* sowie den ‚Nestbeschmutzern‘ und den ‚Orientierungslosen‘ im Inland als den *sekundären Feinden* entschlossen entgegenstellte.³⁹

Blocher schaltete sich mit zwei längeren Reden in die Debatte ein: Am 1. März 1997 hielt er in Zürich-Oerlikon das Referat *Die Schweiz und der Zweite Weltkrieg*, am 21. Juni 1997 im Kursaal Bern folgte das Referat *Die Schweiz und der Eizenstat-Bericht*.⁴⁰ Die folgende Analyse der Geschichtspolitik der Zürcher SVP stützt sich in erster Linie auf die erste Rede, greift aber auch auf die zweite

32 Vgl. Sarasin/Wecker 1998; vgl. auch NZZ-Verlag 1997.

33 Tanner 1998.

34 Muschg 1997a u. 1997b; Ziegler 1998; exemplarisch für die ausländische Berichterstattung vgl. [o.A.] Der Spiegel 1997/12.

35 Sarasin/Wecker 1998: 7.

36 Ebd.: 11.

37 Vgl. Berthoud 2001.

38 Vgl. Bundesrat 1997.

39 Die Differenzierung von primären und sekundären Feinden ist inspiriert durch Anton Pelinkas (2012: 17) Begriff der „sekundären Schuldigen“.

40 Blocher 1997a u. 1997b.

Rede und weitere Artikel zurück, die im Kontext der Debatte in der *Schweizerzeit* publiziert wurden.

Zu Beginn des Vortrages *Die Schweiz und der Zweite Weltkrieg* deutet Blocher die Forschungsergebnisse der Eizenstat- und der Bergier-Kommission als Rezidive:

„Die grossspurig als historische Neuigkeiten angekündigten Sensationen sind allen einigermassen informierten Zeitgenossen längst bekannt. Bis heute ist überhaupt nichts Neues zum Vorschein gekommen, was Interessierten, speziell aber den Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft nicht längst hätte bekannt sein müssen. Ein Teil davon war schon im Weltkrieg, vor allem aber in den Nachkriegsjahren bei Presse, Parlament und Volk Gegenstand leidenschaftlicher Diskussionen. Die Neutralität im Zweiten Weltkrieg, die Handelspolitik, die Verteidigung des Landes, die Aussen- und die Flüchtlingspolitik, sind und waren Gegenstand zahlreicher historischer Betrachtungen und geschichtlicher Expertisen. In allen neueren Geschichtsbüchern und im Geschichtsunterricht der heutigen Schulen wird all das gesagt, was heute naiverweise als Neuigkeit verkündet und angeprangert wird.“⁴¹

Performativ wirksam ist das Deutungsmuster des Rezidivs in zweierlei Hinsicht: Zum einen sorgt es dafür, dass Blocher in seiner Rekonstruktion der Schweizer Geschichte sich nicht an den konkreten Aussagen des Eizenstat-Berichts und der Bergier-Kommission abarbeiten muss, sondern sich mit deren Rezeption, Interpretation und Bewertung befassen kann. Zum anderen wohnt dem Rezidiv selbst eine binär-antagonistische Stoßrichtung inne: Denn es unterscheidet die „Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft“⁴², deren Ignoranz das Neue so erscheinen lässt, von dem historisch Gelehrten Blocher, der das vermeintlich Neue zu enttarnen weiß.

Blochers Gelehrsamkeit trägt indes keineswegs elitäre oder akademische Züge. Nach seiner Darstellung handelt es sich vielmehr um ein populäres Allgemeinwissen. Blocher spricht als *primus inter pares*, als Mann aus dem Volk. Ihn zeichnen Mut, Entschlossenheit und Aufopferungsbereitschaft und nicht primär sein außergewöhnlicher Intellekt aus. Aus dieser Sprecherposition entlarvt er die neuen Erkenntnisse der Experten als Neuauflagen längst bekannten Wissens, wodurch deren Rezeption durch die politische Klasse und die Medien entweder als Zeichen von Inkompetenz oder als politisch motivierte Effekthascherei erscheint.

41 Blocher 1997a: 5f.

42 Ebd.: 5.

„Die Classe politique verhält sich bei den heutigen schwerwiegenden Angriffen auf unser Land, unser Volk und unser Verhalten während des Zweiten Weltkrieges in etwa so überlegt und gefasst, wie Hühner in einem Hühnerhof, wenn der Fuchs ums Gehege schleicht. Der Grund dafür dürfte in einer krassen, generellen Missachtung der Geschichte durch die verantwortlichen Leute in unserem Staate liegen, als ob man ohne Geschichtskennnisse Gegenwart und Zukunft gestalten könnte. Diese Weisheit wurde in den letzten Jahren in politischen Kreisen geradezu verlacht und verhöhnt. Unsere Landesregierung und namhafte Wirtschaftsvertreter [...] agieren – oder besser reagieren – höchst widersprüchlich und unglücklich. Sie haben mit ihrem Verhalten, jenen Kreisen, die uns unentwegt attackieren, ständig Auftrieb gegeben. Ein grosser Teil der inländischen Presse hat die Stimmung der Verunsicherung mit fetten Sensationsmeldungen, mit gezielten Indiskretionen zusätzlich geschürt und für eine miesmacherische, selbstzerfleischende Untergangsstimmung gesorgt. Unzählige Bürgerinnen und Bürger werden dabei in ihren Gefühlen zu unserer Heimat, die älteren unter ihnen in ihrer Lebensleistung für unser Land, ständig aufs Neue verletzt.“⁴³

Gegenüber diesem apologetischen Lager der ‚Selbsterfleischung‘ profiliert das Rezidiv Blocher als standfesten Geschichtskenner, der über die Kompetenz verfügt, das von Linksinтеллектуellen, Historikern und ausländischen Medien ramponierte Selbstbild der Schweiz zu restaurieren. Die darauffolgende detaillierte Rehabilitation der Schweizer Außenhandels- und Flüchtlingspolitik während des Zweiten Weltkrieges, durch die Blocher die Vorhaltung der Kollektivschuld zu entkräften versucht, sei im Folgenden nur in ihren Grundzügen wiedergegeben. Dem Vorwurf, die Schweiz habe rege Handelsbeziehungen mit den Achsenmächten unterhalten, begegnet Blocher mit einer Sinnverkehrungsthese, an die er ein verantwortungsethisches Argument knüpft: Gewisse Handelskompromisse seien notwendig gewesen, um die Rohstoffversorgung, die Wohlfahrt, die innere Stabilität, die Wehrhaftigkeit und die Unabhängigkeit des eingekeilten Kleinstaates aufrechtzuerhalten und Arbeitslosigkeit, Hungersnöte, Generalstreiks und schließlich die Annektierung durch Deutschland und Italien zu verhindern. So hätten die von Eizenstat kritisierte Neutralität und das von Jakob Tanner als Beschwichtigungspolitik herabgestufte *Réduit* nicht nur den unabhängigen und souveränen Kleinstaat, sondern auch die bereits immigrierten Juden gerettet.

Einige nationalkonservative Autoren machen dieses verantwortungsethische Argument auch in Bezug auf die Flüchtlingspolitik geltend.⁴⁴ Blocher dagegen

43 Ebd.: 6.

44 So etwa von Hans R. Herdener (1997), dem Präsidenten der Schweizerischen Gesellschaft für militärische Studienreisen: „Hätten unsere Behörden die Grenzen für die

spricht die Schweiz in dieser Frage keineswegs von Verantwortung und Schuld frei. Stattdessen differenziert er die Schuldfrage nach wohl bekanntem Muster. Teile der politischen Eliten, Blocher nennt explizit die „Behörden“, „lebensfremde, eigenmächtige Bürokraten“, den freisinnigen Außenminister Marcel Pilet-Golaz, „führende Kreise in der Wirtschaft“, „Vertreter der Gewerkschaften“, hätten nicht „die Kraft [gehabt] der Gefahr und dem Druck von aussen standzuhalten“.⁴⁵ Das ethische und politische Versagen in der Flüchtlingspolitik geht folglich auf die Rechnung der „Schwachen, der „Anpasser und Leisetreter“, denen Mut und Widerstandswille gefehlt habe und die mitunter mit dem „neuen Europa“ Hitlers und Goebbels sympathisiert hätten.⁴⁶ Widerstand leisteten nach Blochers Erzählung dagegen die Kirchen, das Militär sowie die politischen Parteien, und insbesondere „[d]as Volk war weit widerstandswilliger und verteidigte die Souveränität weit entschlossener als viele Leute in den führenden Kreisen“⁴⁷. So geschah trotz einer schwachen und anpasserischen politischen Führung „das Wunderbare: Die Schweiz hielt durch, trotz zeitweiligem Wankelmut auf höchster Ebene“⁴⁸. In der zur Diskussion gestellten Gesamtbetrachtung ist die Schweiz damit rehabilitiert.

Indes ermöglicht die Leitdifferenz ‚Widerstand/Anpassung‘, die hier um ein „neues Europa“ herum organisiert wird, nicht nur eine Rehabilitation der Schweizer Außenpolitik, sondern auch eine Analogie von Geschichte und Gegenwart, die den Diskurs der Zürcher SVP um die Jahrtausendwende prägen

Flüchtlinge weit geöffnet, wäre ein militärische Aktion Hitlers nicht auszuschliessen gewesen. Das dürfte der Hauptgrund für die zeitweise Zurückweisung der Juden gewesen sein. Wenn Hitler die Schweiz wegen der zu hohen Anzahl jüdischer Flüchtlinge angegriffen hätte, wäre unser Land verwüstet worden, Tausende von Schweizer Soldaten wären gefallen und sowohl die bereits ansässigen als auch die zu uns geflüchteten Juden wären höchstwahrscheinlich in Auschwitz gelandet.“ In dasselbe Horn stößt Ulrich Schlüers (1997) Schlussfolgerung, die er in seiner Abrechnung mit den als Junghistoriker stigmatisierten kritischen Schweizer Historikern zieht: „Ob es denn eine Alternative gegeben hat zum Handeln der damals Verantwortlichen? Darüber schweigen sich die Junghistoriker aus – wohl wissend, dass die Alternative nur in der Auslieferung des Landes an den Nationalsozialismus bestanden hätte – mit all den damit verbundenen Schrecken sowohl für die Schweizer als auch für die hier lebenden Juden und Flüchtlinge.“

45 Blocher 1997a: 11ff.

46 Ebd.: 12.

47 Ebd.: 11ff.

48 Ebd.: 11.

wird. Diese geschichtspolitische Analogisierung realisiert Blocher in der folgenden Passage. Nachdem er den Bundesrat für die damalige Beschränkung der Volksrechte und Pilet-Golat für sein „elitäres“ und antidemokratisches Denken gescholten hat, zieht er die Lehre aus der Geschichte:

„Die Tendenz der Regierenden, sich bei ihrer ‚höheren Einsicht‘ vom Volke höchst ungern dreinschwatzen zu lassen, Volksentscheide möglichst zu umgehen, kennen wir noch heute! [...] Wollen nicht auch heute führende Kreise auf anpasserische Weise wesentliche demokratische Rechte an eine zentralistische Bürokratie in Brüssel abtreten? Es ist aber zu hoffen, dass solche Tendenzen heute ebenso scheitern wie damals; scheitern am Selbstständigkeitsdrang, am Widerspruchsgeist, an einer gewissen Eigenbrötlerei des Schweizers, scheitern an der vielfältigen politischen Kultur unseres Landes, am Föderalismus und an der Volkssouveränität, die wir nicht preisgeben dürfen. Aber auch ein Teil der führenden Kreise der Wirtschaft forderte damals die Anpassung an die uns umgebende Grossmacht, eine sofortige und stramme Ausrichtung an das sogenannte ‚neue Europa‘ (wie oft wurde doch in der Geschichte und – auch heute wieder – mit einem ‚neuen Europa‘ hantiert). [...] Entscheidend aber ist wieder – und das ist das Wunderbare – keine dieser ‚massgebenden‘ Stimmen konnte sich damals durchsetzen. Der Widerstandswille blieb bestehen.“⁴⁹

Das Dritte Reich und die EU, die im kosmopolitisch-europhilen Diskurs als Gegenmodelle konstruiert werden – als rassistisch und nationalistisch motivierter Bellizismus einerseits und als multikulturelles Friedensprojekt andererseits, erscheinen im Diskurs des Zürcher Flügels als Varianten ein und desselben Bedrohungskomplexes. Konstitutiv für diese antagonistische Äquivalenz ist wiederum der Topos von ‚Anpassung und Widerstand‘. Er verschmilzt das vermeintliche Gegensatzpaar zu einem bedrohlichen Außen und verlängert die antagonistische Äquivalenz nach innen und lässt so ein bedrohliches ‚Sie‘ aus primären und sekundären Schuldigen entstehen, das vielfältige Gruppen (Jüdische Organisationen, den Faschismus, die EU, den ‚Großen Bruder USA‘⁵⁰, sowie die Schweizer Eliten, Interessenverbände, Behörden, geschichtsvergessene Bundesräte, Historiker und die Linksintellektuellen) umschließt und gegen das sich entsprechend viele Differenzen zu einem ‚Wir‘ zusammenschließen lassen. Das einschlägige Argument lautet, dass es angesichts einer äußeren Bedrohung durch einen übermächtigen Feind (den Faschismus, die EU oder jüngst die Vereinigten Staaten)

49 Ebd.: 11ff.

50 Als solchen bezeichnet Blocher (1997b) die USA eingangs seines Vortrages „Die Schweiz und der Eizenstat-Bericht“.

darauf ankäme, als widerstandswillige und geeinte Nation zu handeln, zumal wenn die geforderte Geschlossenheit durch zersetzende Elemente im Innern torpediert werde.

Diese Äquivalenz aus primären und sekundären Feinden wird vertieft, indem die vielzitierte Führungsschwäche einer ‚rückgratlosen, orientierungslosen politischen Elite‘ mit der konservativen Leitdifferenz ‚bodenständig/intellektuell‘ artikuliert wird, die wir bereits aus den Pionierzeiten des Zürcher Flügels kennen. Die Gegnerschaft gegen die politischen Eliten im engen Sinn wird mit einer Frontstellung gegen die Intellektuellen und Kulturschaffenden als weitere Elemente des Anderen der Gemeinschaft verbunden. Gemeinsam bilden sie die Demarkationslinie, die den politischen Raum entzweit, indem sie eine organische Gemeinschaft und ihre natürlichen Bindungen von einem heimatlosen, weltfremden und zersetzenden Außen unterscheidet.⁵¹

Die Diffamierung der Schweiz durch die Intellektuellen und Kulturschaffenden hat ihre Ursache aus Blochers Sicht zunächst in einer den „masochistischen“ Deutungseliten eigenen Psychopathologie.⁵² Demnach sind die geschichtspolitischen Gegenspieler Blochers von einer autoaggressiven Immunkrankheit befallen. Aufgrund dieser pathologischen Konstitution verschwören sie sich mit den „ausländischen jüdischen Organisationen“⁵³ gegen das Schweizervolk. Blocher diagnostiziert seinen geschichtspolitischen Gegenspielern aber nicht nur Unwissenheit und Krankheit. Er radikalisiert diese Diagnose, indem er die antagonistische Äquivalenz des Jüdischen Weltkongresses sowie der Schweizer Intellektuellen und Kulturschaffenden unter der Überschrift *Von Selbstgerechten, Heuchlern und anderen Moralisten*⁵⁴ subsumiert. So wie es den „jüdischen Organisationen“ laut Blocher ums Geld gehe,⁵⁵ zielten diejenigen, die sich von der Schweizer Geschichte distanzieren, darauf ab, die „eigene unbefleckte Weste, [...] ihr

51 Zur Tradition der Intellektuellenfeindlichkeit des Schweizer Konservatismus und der Unterscheidung ‚bindend/zersetzend‘ vgl. Lang 2000: 98f.

52 Blocher 1997a: 33f. Der Historiker Hans-Georg Bandi (1999) brachte diese Perversion zwei Jahre später auf den Begriff des „helvetischen Masochismus“, der „in vorgestellten oder wirklichen Demütigungen, in Qualen und krankhaftem Schuldbedürfnis Befriedigung findet“.

53 Blocher 1997a: 20.

54 Ebd.

55 Auf diese Passage der Rede, in der Blocher die Figur des heuchlerischen geldgierigen Juden aufruft, stürzte sich dann auch die mediale Kritik. Die Boulevard-Zeitung Sonntags-Blick titelte etwa „Blocher: Den Juden geht es nur ums Geld“ ([o.A] Sonntagszeitung, zit. in: Somm 2009: 339.)

eigenes politisches Ansehen“ zu wahren, anstatt „[t]rotz der eigenen Unvollkommenheit“ „den Kopf hinzuhalten“, um „einen schwierigen Auftrag zu erfüllen“ und „für andere ein gutes, tragbares oder bestmögliches Ergebnis zu erzielen und durchzusetzen.“⁵⁶ Was die ‚geldgierigen jüdischen Organisationen‘ und die ‚moralistischen Intellektuellen‘ demnach eint, ist ihr Egoismus, das eigennützige Ziel, ihr ökonomisches respektive symbolisches Kapital auf Kosten der Gemeinschaft zu maximieren.

Wohingegen die Rede vom ‚helvetischen Masochismus‘ den Gedanken evoziert, die Bedrohung käme von Innen, von pathologischen Subjekten, die es zu isolieren gelte, spitzt Blochers Rede von ‚Selbstgerechten, Heuchlern und anderen Moralisten‘ diese Diagnose dahingehend zu, dass diese egoistische Gruppen aus der Diffamierung einer verantwortungsethisch geeinten Gemeinschaft kulturelles Kapital zu schlagen versuche. Die Forschungen der Historiker, die Gesellschaftskritik der Intellektuellen und die ethischen Problematisierungen der Kulturschaffenden mutieren insofern zu selbststüchtigen Sabotageakten.

Wenn der Verlust des gemeinschaftlichen *locus amoenus* hier nicht auf Migrations-, Suburbanisierungs- und Anonymisierungsprozesse zurückgeführt, sondern konkreten gemeinschaftszersetzenden Agenten angelastet wird, dann erfährt das Spektrum der nationalkonservativen Elitenkritik hier eine Zuspitzung, die dem kognitiven Schema des Parasitären folgt: Weder leiden die kranken Deutungseliten unter ihrer pathologischen Konstitution, noch handelt es bei ihrem Tun um eine bloße Schädigung der Gemeinschaft. Vielmehr zehren sie von dem Schaden, den sie der Gemeinschaft zufügen. ‚Unser Schaden ist ihr Nutzen, ihr Erstarken ist identisch mit unserer Schwächung. Wir müssen herrschen, um nicht selbst beherrscht zu werden‘, so die Nietzscheanische Moral der Metaphorik des Parasitären. Die zwischen Fremdheit, Pathologie und Egoismus einerseits und Zugehörigkeit, Verantwortung und Aufopferungsbereitschaft andererseits unterscheidende Metapher lässt keine Abstufung zu. Jede Relativierung des schweizerischen Widerstandes verwandelt sich in einen egoistischen Anschlag gegen die Gemeinschaft – in eine Variante der antagonistischen Trias aus ‚Selbstgerechtigkeit, Heuchelei und Moralismus‘.

Die Tatsache, dass die erneute Aufarbeitung der Schweizer Geschichte im Rahmen der Bergier-Kommission und des Eizenstat-Berichtes ein differenziertes Bild zeichnet und keineswegs im Widerspruch zur vorherigen Geschichtsschreibung steht, wie Blocher zu Beginn der Rede selbst einräumt, ist Makulatur angesichts des Schadens, den US-amerikanische Spitzenpolitiker, jüdische Weltorganisationen und die eigenen Intellektuellen der Schweiz zufügen wollen. Denn die

56 Blocher 1997a: 21.

polarisierende Wirkung des verantwortungsethischen Arguments zehrt von der Virulenz des Antagonismus. Angesichts der Ungeheuerlichkeit der Bedrohung, so die Botschaft, gelte es bedingungslos und selbstbewusst zur Schweiz zu stehen. In einer derartigen Situation gibt es nur schwarz und weiß: entweder an der Seite von Blocher für die Gemeinschaft eintreten oder an der Seite der ‚geldgierigen Juden‘, der ‚übergriffigen Weltmacht USA‘, den ‚intellektuellen Nestbeschmutzern‘ und ‚selbststüchtigen Kulturschaffenden‘ gegen die Gemeinschaft agitieren. Wenn CVP und FDP zuließen, dass die Linken „eine bürgerliche Erfolgsgeschichte“ in eine „Morität des Versagens“ umdeuteten, dann gehören auch sie zum Lager der Selbstgerechten, Heuchler und Moralisten‘.⁵⁷ Blocher & Co dagegen sind die einzig verbliebenen politischen Kräfte, die für das politische Ansehen des Schweizervolkes eintreten, das es sich als letzte antifaschistische Bastion in Mitteleuropa verdient habe.

Wie der Zürcher Flügel diese hegemoniale Stellung in der Repräsentation der politischen Schweiz untermauert und das nationale Imaginäre modifiziert, wird das folgende Kapitel anhand der Analyse der Albigütli-Reden von 1998 und 1999 zeigen. Im Zentrum steht dabei die Konstruktion einer zyklisch-periodischen Geschichtstheorie, die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft synchronisiert und Blochers ‚unschweizerische‘ Attitüde des ‚rigorosen Neinsagers‘ als gegenwärtige Variante eines genuin schweizerischen Widerstandsgeistes nobilitiert.

5.2.2 Blocher & Co als Helden einer zyklisch-periodisch verlaufenden Geschichte. Von ‚schweizerischen Gemeinschaften‘ und europäischen Massengesellschaften‘

Blochers Albigütli-Rede von 1998 beginnt mit der Aufzählung der vier Jubiläen, die es zu feiern gelte: (1) „1648: 350 Jahre Loslösung vom Deutschen Reich und damit 350 Jahre formelle schweizerische Souveränität und Unabhängigkeit“, (2) „1798: 200 Jahre Helvetik und damit Freiheit und Gleichheit aller Bürger“, (3) „1848: 150 Jahre Schweizerischer Bundesstaat“ und schließlich (4) „1988: 10 Jahre Albigütli-Tagung der Zürcher SVP“.⁵⁸ Blocher fügt den drei allgemeinen Jahresfeiern das Partei-Jubiläum der Albigütli-Tagung hinzu. Diese

57 Somm, zit. in: Lang 2009.

58 Blocher 1998: 2.

Parallelisierung der Jubiläen nimmt die hegemoniale Funktionslogik der Rede vorweg. Es geht darum, das eigene politische Projekt (hier repräsentiert durch die Albisgütli-Tagung) als Fortführung einer wechselvollen und doch gleichsam organisch verankerten Nationalgeschichte zu nobilitieren.

Blocher verfährt chronologisch und beginnt mit 1648 und den „erfolgreichen Verhandlungen eines Schweizers“⁵⁹. Gemeint ist der ehemalige Baseler Bürgermeister Rudolf Wettstein, der 1646/47 in „mühsamsten bilateralen Verhandlungen und unzähligen Einzelgesprächen“ die Bedingungen für die formelle Anerkennung der Unabhängigkeit und Souveränität der Schweiz im Rahmen des Westfälischen Friedens geschaffen habe. „Der tüchtige Wettstein hatte die weltgeschichtlichen Auswirkungen des westfälischen Friedenskongresses erkannt. Er nahm das Recht ernst und setzte es kraftvoll gegen aristokratische Gemütlichkeit und obrigkeitlichen Schlendrian durch.“⁶⁰ Dieser „diplomatische Erfolg“⁶¹ war indes nur möglich, weil sich die Eidgenossenschaft gegen den Willen einiger „unüberlegte[r] Politiker und hohe[r] Militärs“ „mit grosser Weitsicht“ die „strikte Neutralität auferlegt und eine gemeinsame Wehrordnung zu deren bewaffnetem Schutz erlassen hatte“.⁶²

Blochers Würdigung Wettsteins konstituiert die beiden politischen Pole, deren Konflikt die politische Schweiz aus seiner Sicht bis heute prägen. Auf der einen Seite bildet die Äquivalenz aus ‚Aristokratie‘, ‚Gemütlichkeit‘, ‚Obrigkeitsstaatlichkeit‘, ‚Schlendrian‘, und ‚militärischem Engagement‘ ein dekadentes antagonistisches ‚Sie‘; auf der anderen Seite konstituiert die Äquivalenz aus ‚Tüchtigkeit‘, ‚Weitsicht‘, ‚politischer Klugheit‘, ‚Souveränität‘, ‚Neutralität‘, ‚Wehrhaftigkeit‘ und ‚Frieden‘ ein ‚Wir‘, das sich aus den einfachen Leute und einer „wahren Elite“⁶³ (Wettstein und seine politischen Nachfolger) zusammensetzt. Die Tatsache, dass dieselbe bipolare Struktur auch heute virulent ist, wird an dieser Stelle durch den Hinweis belegt, dass Bundesrat und Parlament wohl aus Angst und Scham, sich zur Eigenständigkeit zu bekennen, den SVP-Antrag, das Jahr 1648 zu feiern, zurückgewiesen haben.⁶⁴

Das Jubiläum von 1798 bedarf einer weitaus komplexeren Artikulation als 1648. Denn im Unterschied zur 1648 errungenen Souveränität ging die Helvetik gerade nicht aus der Schweizer Eidgenossenschaft selbst hervor, sondern wurde

59 Ebd.: 3.

60 Ebd.

61 Ebd.

62 Ebd.: 2.

63 Zum Begriff der „wahren Elite“ vgl. Blocher 2002.

64 Blocher 1998: 3.

von Frankreich oktroyiert. Folglich kann Blocher die Verwirklichung von Freiheits- und Gleichheitsprinzipien nicht als autochthone, gegen die Interessen ausländischer Großmächte durchgesetzte Leistung darstellen. Er versucht daher, die französische Intervention als schädlich und imperialistisch zu deuten, ohne ihren demokratisierenden Effekt zu negieren. Das primäre Übel rührt daher nicht von außerhalb, sondern von einem Feind im Innen. Eine korruptierte, durch ‚Ehrgeiz, Geltungssucht und Wichtigtuerei‘ getriebene politische Elite, die „enge Kontakte zu immer unverschämter und erpresserischer auftretenden französischen Gesandten“⁶⁵ pflegte, habe eine Schweiz geschwächt, die ob der langanhaltenden Vernachlässigung des Militärwesens ohnehin wehrlos gewesen sei.

„Freilich versetzten die französischen Truppen keinem gesunden und schon gar keinem modernen Staat den Todesstoß. In der alten Eidgenossenschaft herrschte damals eine kleine aristokratische Oberschicht über die Untertanen; große Teile der Bevölkerung waren von der Beteiligung an Politik [...] ausgeschlossen. Die Politik war dumpf, langweilig und muffig, alle Staatsgeschäfte umgab eine große Geheimnistuerei. Die Regierenden vor 1798 waren in erschreckendem Masse selbstgefällig, realitätsfremd, dünnköpfig und borniert; sie fühlten sich über die breite Volksmasse weit erhaben.“⁶⁶

Darauf folgt die Pointe: „Solche Figuren finden sich in der Schweizer Politik noch heute, auch wenn sie keine gepuderten Perücken mehr tragen.“⁶⁷ Einmal mehr erscheint die konkordanzdemokratische Verhandlungspolitik, auf die Blocher mit den Attributen „dumpf“, „langweilig“, „muffig“ und „Geheimnistuerei“ anspielt, nicht als bewährte, systemisch induzierte Handlungslogik, sondern als aristokratische Geste einer politischen Elite, die sich selbst die Rolle der politisch befugten Experten zuspricht, das Volk hingegen als unbefugte Laien wahrnimmt. Als exemplarischer Beleg für die Synchronie von Geschichte und Gegenwart fungiert der FDP-Nationalrat und Vizepräsident der Freisinnigen Peter Tschopp, der im Kampf für die europäische Integration der Schweiz das „Informationsmonopol des Staates“ wiederherstellen wolle, um die feudalistische Aristokratie zu restaurieren.⁶⁸ Denn durch die EU, so Blochers Argumentation weiter, soll

65 Blocher 1998: 4.

66 Ebd.

67 Ebd.

68 Ebd.

„[d]er vor 200 Jahren überwundene Feudalismus – die Herrschaft weniger über viele – wieder auferstehen. Der bürokratische Brüsseler Zentralismus bedeutet nichts anderes als eine Rückkehr Europas zu feudalistischen Zuständen in der Politik, nämlich die Verminderung der Zahl der Entscheidungsträger und die Einschränkung der Mitsprecherechte des Volkes.“⁶⁹

Nach dieser analogisierenden Prolepse kehrt Blocher zu 1798 zurück, um den positiven, demokratisierenden Effekt der französischen Machtpolitik zu relativieren: Die zu Beginn noch „als angebliche Befreier“ bejubelten Franzosen hätten Hab und Gut der Bevölkerung geplündert und die Staatsschätze nach Paris transportiert. „Ohne Rücksicht auf die Geschichte wurde 1798 das in langsamer Entwicklung Gewordene auf einen Schlag ersetzt durch das Organisierte und Geplante.“⁷⁰ Der „neue – nach französischem Muster – zentralistisch-bürokratisch regierte Zentralstaat verleugnete jeden Föderalismus“⁷¹, führte schließlich zu einer Serie von Staatsstreichen und stellte die Schweiz vor eine innere Zerreibprobe. Nun folgt die Moral der Geschichte: Aus 1798 sei zu lernen,

„was herauskommt, wenn gewisse Kreise die notwendigen Reformen in Politik und Wirtschaft nicht von der eigenen Kraft, sondern von der Einmischung fremder Mächte erwarten. [...] „[D]ie faktische Integration in eine europäische Grossmacht [bedeutete] vor allem eines: zahlen, zahlen und nochmals zahlen! [...] „[L]ebensfremde politische Experimente [sind gefährlich] für unsere vielsprachige, föderalistische Schweiz. Die am grünen Tisch entworfenen Staatsplanungen, die uns durch Fremde aufgezwungen werden, die unsere politischen Zustände, unsere Geschichte nicht kennen und unser Land nicht gern haben, sind für die Schweiz gefährlich.“⁷²

Angeschlossen wird hier an den Antagonismus, den die Zürcher SVP im Laufe des EWR-Abstimmungskampfes als die zentrale Konfliktlinie der politischen Schweiz instituieren konnte: die Inkommensurabilität zwischen dem ‚organisch gewachsenen, föderalistisch organisierten, vitalen, florierenden und kraftvollen Kleinstaat Schweiz‘ und der ‚intellektuell geplanten, zentralistisch-bürokratischen und parasitär-epidemischen Großmacht EU‘. Durch die Kontinuation des napoleonischen Frankreichs und der Brüsseler EU konstituiert

69 Ebd.

70 Ebd.: 5.

71 Ebd.

72 Ebd.

Blocher ein zyklisch-periodisches Geschichtsverständnis, das der Bedrohung durch die EU eine quasi-universelle Bedeutung verleiht. Die transhistorische Äquivalenz ‚Napoleon-Brüssel‘ lässt Blocher & Co als die einzig legitimen politischen Erben des ‚Schweizer Sonderfalls‘ erscheinen.

Auf diesen hegemonialen Effekt zielt auch die Diskursivierung von 1848, mit der Blocher fortfährt. Den Ausgangspunkt bildet erneut das antagonistische Verhältnis zwischen der Schweiz und den europäischen Großmächten:

„Im Gegensatz zu den Verfassungen von Helvetik (1798), Mediation (1803) und Restauration (1814) entstand die Bundesverfassung von 1848 ohne Einmischung fremder Mächte, allein aus dem Willen der Mehrheit des Schweizervolkes. Die Schweiz musste damals nicht dem politischen und wirtschaftlichen Druck von aussen nachgeben, sondern tat in voller Eigenständigkeit und Souveränität das ihr richtig Scheinende. Das übrige Europa betrachtete die Schweizer Entwicklung auch damals mit Skepsis, mit Misstrauen und sogar mit ausgesprochenem Widerwillen. [...] Unser Land hatte 1848 mehr als genug von den Zumutungen, den Einmischungen und den Erpressungsversuchen fremder Regierungen. Die Schweiz blieb als demokratische Republik in Europa noch bis ins 20. Jahrhundert ein europäischer Sonderfall. Was den Föderalismus, die direkte Demokratie, die Neutralität und die Gemeindeautonomie betrifft, so ist sie es bis heute geblieben. Sogar ein weltweiter Sonderfall! Wer heute die nationale staatliche Souveränität aufgeben will, verrät die Idee des Bundesstaates von 1848.“⁷³

Der mit 1848 geschaffene Sonderfall, den die SVP hier für sich reklamiert, bezieht sich jedoch nicht nur auf die besondere politische Verfassung der Schweiz. Zu 1848 gehört auch eine liberale Wirtschaftspolitik. Denn nur

„[d]ank eines freiheitlichen Systems, eines schlanken Staates, der die Verantwortung des Einzelnen in den Mittelpunkt und sich in nichts einmischte, was Private besser tun können, dank wagemutiger, risikobereiter Unternehmer – entwickelte sich die Schweiz zu einem der wohlhabendsten, stabilsten und industrialisierten Länder der Welt. Wer heute Unternehmer anpöbelt [...] verrät die Idee des Bundesstaates von 1848.“⁷⁴

Dasselbe gilt für die Außenpolitik, die Asylpolitik und die geplante Föderalismusreform. Auf all diesen Feldern gefährden die politischen Gegner des Zürcher Flügels nicht nur den Status quo, sondern zugleich die mit 1848 begründete Identität der Schweiz: „Wer heute unsere Soldaten ins Ausland schicken will“,

73 Ebd.: 6.

74 Ebd.

„[w]er heute die tägliche und nächtliche illegale Masseneinwanderung und die damit verbundene Kriminalität duldet und mit Direktzahlungen belohnt“, [w]er heute das Ständemehr oder den Ständerat abschaffen will“, übt zugleich Verrat an 1848.⁷⁵

Um die eigene Reformagenda von diesen *ketzerischen* Anschlägen auf den Sonderfall zu unterscheiden, konstatiert Blocher, „dass die Entwicklung der Eidgenossenschaft damit [mit der Bundesverfassung von 1848] nicht zum Stillstand kam“, sondern durch die „sogenannte ‚Demokratische Bewegung‘“ vorangetrieben wurde.⁷⁶ Die geplante Initiative zur Volkswahl des Bundesrates, für die Blocher im folgenden Abschnitt der Rede wirbt, erscheint dergestalt nicht als Bruch mit dem etablierten parlamentarischen Konkordanzsystem, sondern als Fortführung eines Verfassungsbildungsprozesses, der in den 1850er und -60er Jahren „zum gezielten Weiterausbau der Volksrechte, der direkten Demokratie zur Volkssouveränität“⁷⁷ führte.

Diese demokratisierende Tradition, in die sich Blocher stellt, manifestiert sich gewissermaßen *in actu*, in der Albisgütli-Tagung selbst, auf deren Jubiläum Blocher zum Ende der Rede eingeht. Denn auf die gängige Stilisierung der Albisgütli-Tagung als ‚bodenständige, kraftvolle, richtungsweisende und substanzreiche Veranstaltung‘, lässt Blocher ein demokratietheoretisches Argument folgen, das die eigene oppositionelle Ausrichtung adelt:

„Der Bundesrat hat diskussionslos immer das letzte Wort. Es zeugt vom grossartigen demokratischen Geist unserer Mitglieder, dass sie sich die Stellungnahmen des Bundesrates auch dann ohne Pfeifen anhören, wenn sie anderer Meinung sind. Wir wissen, dass die Demokratie von der Auseinandersetzung lebt. Mindestens war es in der Vergangenheit so – dass die Schweiz durch eine intensive politische Auseinandersetzung – das wichtigste Kennzeichen einer guten politischen Kultur – gekennzeichnet war.“⁷⁸

Nicht die Integration möglichst vieler Interessen qua Kompromiss und Konsens, sondern die auf dem Albisgütli inszenierte agonale ‚Auseinandersetzung‘ wird hier zum Kernstück und Erfolgsrezept der Schweizer Demokratie. So stellt sich die Zürcher SVP nicht zuletzt mit der auf dem Albisgütli inszenierten Kontroverse in den Dienst einer höheren Sache, der Verteidigung und Kultivierung der Schweizer Demokratie.

75 Ebd.: 6f.

76 Ebd.: 7.

77 Ebd.

78 Ebd.: 15.

Blochers Geschichtspolitik findet ein Jahr später an selber Stelle eine eindrückliche Fortführung. Auch der Blick in die Zukunft, den der Titel *Unsere Politik im 21. Jahrhundert*⁷⁹ ankündigt, beginnt mit einem Blick in die Vergangenheit. Unter der Kapitelüberschrift *Ein Jubiläum im Elfenbeinturm* geht Blocher zum Einstieg mit den offiziellen Jubiläumsfeierlichkeiten ins Gericht. Wie von ihm prophezeit, sei das Jubiläum ‚150 Jahre Bundesstaat‘ dazu „missbraucht“ worden, „dem Schweizervolk den EU-Beitritt schmackhaft zu machen“⁸⁰. Doch nicht nur das. Die Propaganda für die EU, die Blocher parodistisch nacherzählt, läuft in seiner Rekapitulation der Feierlichkeiten parallel mit der Ignoranz und der Geringschätzung der Eliten gegenüber dem Schweizervolk.

Als exemplarisches Beispiel fungiert der „sogenannte ‚Tag der internationalen Beziehungen‘“ als einem der drei offiziellen Festveranstaltungen: Auf „dem von unzähligen Polizisten bewachten, menschenleeren Bundesplatz“ begrüßten die Bundesräte „ausländische Fürsten, Exzellenzen und Präsidenten“, während ein „armer Bauer“ als Verkörperung der Schweizer Geschichte „vor den Augen der Staatsgäste barfuss Heu auf einen Karren laden [musste], das vorher dekorativ auf dem Bundesplatz ausgelegt worden war“ – so die gekürzte Zusammenfassung der von Blocher geschilderten „Szenerie“, die ihn nach eigenem Bekunden „an frühere Völkerschauen und Tierschauen in zoologischen Gärten“ erinnert.⁸¹ Dass die „handverlesenen Gäste [...] nur durch eine Hochsicherheitssperre mit Metalldetektoren zum Staatsakt dieses einstigen Landes der Freiheit [gelangten]“, während „[i]m Innern des Hauses [...] der Nationalratspräsident – als höchster Schweizer und Vertreter der Sozialdemokraten – den Ansprachereigen mit dem Wort ‚Durchlaucht‘ [eröffnete]“, dass sich bei einer weiteren Festveranstaltung „auserlesene Gäste aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft“ einer „für teures Geld eigens komponierten modernen Musik“ lauschen, während das „Volk [...] durch Abschränkungen und Polizei konsequent ausgeschlossen [blieb]“, dass Blocher eine Fülle von Fahnen“, aber „keine einzige Schweizerfahne“ erspähen konnte, aber „ein Fallschirmspringer im EU-Tenue in unanständigster Weise mitten in die Rede der Genfer Regierungsrätin“ platzte, vervollständigt das Bild eines Jubiläums unter Ausschluss des Schweizervolkes: elitär, abgehoben, undemokratisch, internationalistisch und zugleich unprofessionell und beschämend.⁸²

79 Blocher 1999b.

80 Ebd.: 3.

81 Ebd.

82 Ebd.

Mit den unechten Feierlichkeiten der Herrschenden kontrastiert das einzigartige Potential der authentischen Sitten und Bräuche der Beherrschten:

„Wenn wir bedenken, welche Möglichkeiten die Kultur unseres mehrsprachigen Landes, unser Brauchtum, unsere Chöre, unsere Orchester, unsere Schauspielbühnen bieten würden, wenn wir bedenken, welche kulturellen Leistungen unser Volk hauptberuflich oder in der Freizeit erbringt – sofern sich keine eidgenössischen Kulturfunktionäre mit unseren Steuergeldern einmischen –, dann erlauben die Jubiläumsveranstaltungen von 1998 nur zwei Schlüsse: Entweder die [...] verantwortlichen Personen in Bern sind vollständig am Verblöden oder man will dem Schweizervolk das Land bewusst so sehr verleiden, dass jede Identifikation, jedes Heimatgefühl, jede Geborgenheit zerstört wird. Wenn dem hintersten und letzten eingebläut ist, dass wir Schweizer ganz genau gleich und noch etwas schlechter sind als alle übrigen Menschen und Staaten dieser Welt, dann – so glaubt man wohl in Bern – haben wir den Sonderfall mitsamt seiner Neutralität und direkten Demokratie erledigt, und dann endlich kann man unser Land getrost in die EU, in die UNO und in die NATO führen.“⁸³

Bemerkenswert an dieser Passage ist die Überblendung von Fülle und Mangel. Einerseits stellt Blocher das Potential des Volkes in Form der repetierenden Aufzählung ‚unser mehrsprachiges Land, unsere Chöre, unsere Orchester, unsere Schauspielbühnen‘ als nahezu unerschöpflich vor, andererseits ist dieser pleonastisch imaginierte *locus amoenus* auf einem Mangel gegründet. Die Heimat bezeichnet eine inhibierte Fülle, eine antagonistisch blockierte Identität, die in der zitierten Passage verschwörungstheoretisch imaginiert wird. Es ist die Präsenz des antagonistischen Anderen (‚die offizielle Schweiz‘, ‚die verantwortlichen Personen in Bern‘ und ‚die Kulturfunktionäre‘), welche die ‚Kultur unseres mehrsprachigen Landes‘ als Einheit imaginiert und zugleich die Realisierung ihrer vollständigen Prosperität verhindert. Die Illusion einer wesenhaften, innerlichen Substanz wird in einem antagonistischen Außen konstruiert, das die volle Entfaltung dieser Substanz als gelebte Heimatliebe und -pflege blockiert.

Die Verschwörung, die Blocher am Ende der Passage wittert, macht diesem antagonistischen Anderen nicht nur seine diskriminierenden Gesten zum Vorwurf, sondern unterstellt ihm heimtückische Absichten. Blocher mutmaßt, dass die Feierlichkeiten deswegen so beschämend ausfielen und eine miefige, unattraktive Schweiz gezeigt hätten, um „jedes Heimatgefühl, jede Geborgenheit“ zu zerstören, dem Schweizervolk sein nationales Selbstbewusstsein zu nehmen, den Souverän schließlich im Rahmen von EU, UNO und NATO zu entmachten und

83 Ebd.: 4.

seiner Identität zu berauben.⁸⁴ Erneut überführt Blochers Rede den „helvetischen Masochismus“⁸⁵ in eine gezielte politische Strategie des Machtkartells. Das Pathologische, das fehlende Bekenntnis zum ‚Sonderfall Schweiz‘, wohnt nicht nur dort, wo es den größten Schaden verursacht, nämlich an der Spitze des Staates. Die Autoimmunkrankheit entpuppt sich als eine politische Strategie, um die Schweiz zu zersetzen, sie ‚scheibchenweise und durch die ‚Hintertüre‘ ihrer Unabhängigkeit und Neutralität zu berauben.

Das dritte Jubiläum, das 1998 an der Reihe gewesen wäre, den 350. Jahrestag des Westfälischen Friedens und die „Loslösung der Schweiz vom römisch-deutschen Reich“ hätten die Regierenden „stillschweigend übergangen“.⁸⁶ Blocher glaubt auch schon zu wissen, dass die politische Klasse auch das diesjährige 500. Jubiläum des Schwabenkriegs, in dem „sich die Eidgenossen erfolgreich geweigert [hatten], sich der Reichssteuer, dem Reichsgericht und der habsburgisch-europäischen Machtpolitik zu unterwerfen“⁸⁷, entweder missachten oder für ihre Zwecke nutzen werde. Denn

„[d]iese Feier dürfte Bern noch viel peinlicher sein als der Westfälische Frieden. Also wird man sie – ganz nach dem Vorbild diktatorischer Staaten, welche die nicht genehmen Jubiläen auch verdrängen – entweder unter den Tisch wischen oder zur Propaganda für einen EU-Beitritt (und damit zur Unterwerfung unter neue Reichssteuern, ein neues Reichsgericht und eine europäische Machtpolitik) missbrauchen.“⁸⁸

Und ein Jahr später propagiert Blocher an selber Stelle:

„Es gehört heute zum guten Ton, die Erfolgsgeheimnisse der Schweiz als veraltet zu erklären und lächerlich zu machen. Die ‚Classe politique‘ überschüttete hierzulande die eigenen Bürger in den letzten Jahren tonnenweise mit Selbstkritik [...]. Damit sollen die Bürger verunsichert werden, um sie für grosse internationale Organisationen gefügig zu machen und um ihre persönlichen und wirtschaftlichen Freiheiten einschränken zu können. Folgerichtig müssen dieser Kreise auch die schweizerischen Staatsmythen zerstören oder – wie sie sagen – ‚kritisch aufarbeiten‘. Fantasielos und jeder Tiefe entbehrend, haben sie nicht begriffen, dass zum Beispiel hinter den Geschichten Wilhelm Tells, des Rütlischwurs, Winkelrieds und zahlreicher anderer Sagen und Mythen aus der Schweizer

84 Ebd.

85 Bandi 1999.

86 Blocher 1999b: 4.

87 Ebd.

88 Ebd.: 5.

Geschichte viel mehr Wahrheit steckt als in sogenannten Tatsachenberichten der gestrigen Tageszeitungen. [...] Bei ihrem Schwur auf dem Rütli haben die alten Eidgenossen 1291 eine Genossenschaft gegründet. Sie haben sich für Selbstverantwortung entschieden und damit jedem Anspruch des hierarchischen, zentralistischen habsburgischen Verwaltungsstaates eine Absage erteilt.“⁸⁹

Während sich die Kritik der europäischen Integration im Rahmen der EWR-Kampagne abgesehen von wenigen Anspielungen noch auf die Äquivalenz des realexistierenden Sozialismus, der EU und des eigenen politischen Establishments begrenzt hat, wird die antagonistische Äquivalenzkette nun explizit an die Gründungsmythen der Eidgenossenschaft rückgebunden. Das europäische Andere mutiert zu einem periodisch wiederkehrenden monarchischen und totalitären Bedrohungskomplex, der die Habsburger Monarchie, das absolutistische und das napoleonische Frankreich, den italienischen und den deutschen Faschismus, sowie den totalitären Kommunismus umfasst und zu dem heute die Spitzenpolitiker der EU, aber auch die proeuropäischen Schweizer Eliten gerechnet werden. Die gegenwärtige politische Auseinandersetzung ist daher nichts anderes als eine Variante einer stets wiederkehrenden politischen Konstellation: Dort die korruptierten Eliten, die an der Seite des feindlichen Auslands gegen die Selbstbestimmung des eigenen Volkes agitieren; hier die tapferen, einfachen Leute, die sich an der Seite einer wahren, verantwortungsvollen Elite einer historisch verankerten Essenz der Schweizer Nation verpflichten.

In den folgenden Kapiteln „Nach einem Jahrhundert der staatlichen Allmacht“, „Bleibt die Schweiz Hort von Freiheit und Selbstverantwortung?“ und „Kampf dem Sozialismus“ beschäftigt sich Blocher mit dem 20. Jahrhundert und seinen Hauptgegner, dem Sozialismus.⁹⁰ Dabei ist Blochers Sozialismusbegriff nicht nur für den realexistierenden Sozialismus oder die Schweizer Sozialdemokraten reserviert. Sozialistisch sind für Blocher der Sowjetkommunismus, der Nationalsozialismus, die EU und nicht zuletzt die ‚ehemals bürgerlichen Partner‘ der SVP, die er unter der Etikette der „Linken und Netten“ ebenfalls dem sozialistischen Lager zurechnet.⁹¹ Die folgende Analyse der drei genannten Kapitel aus Blochers Rede veranschaulicht, wie der SVP-Populismus diese expandierende Äquivalenzkette knüpft und wie der Sozialismus zum leeren Signifikanten avanciert, der die unterschiedlichen Gegenspieler der SVP bündelt, als „un-

89 Blocher 2000a: 11.

90 Blocher 1999b: 5ff.

91 Ebd.: 6.

schweizerisch‘ und bedrohlich diskursiviert und von dem legitimen Kampf um die Repräsentation der Gesellschaft ausschließt.

Das „Jahrhundert der staatlichen Allmacht“ beginnt mit der Äquivalenz von Sozialismus und Nationalsozialismus. Blochers Argumentation fügt hier Versatzstücke der Totalitarismustheorien André Glucksmanns, François Furets, Karl Poppers und Friedrich August Hayeks aneinander.⁹² Die von Blochers konstruierte Äquivalenz fokussiert jedoch weniger das sogenannte Primärphänomen des Totalitarismus, den unbedingten Wahrheitsanspruch, den die neue Gesellschaftsordnung verwirklichen soll, als vielmehr die Sekundärphänomene respektive die Folgen der beiden Totalitarismen, „aggressive Eroberungskriege“, „die brutale Unterdrückung von inneren und äusseren Gegnern“, „ein Terror mit vielen Millionen Menschenopfern – der braune und der rote Holocaust – sowie schließlich der völlige wirtschaftliche, gesellschaftliche und geistige Zusammenbruch“. Dass „beide Ideologien – zeitweise sogar vertraglich verbündet und in der Namensgebung zusammengeschlossen – Werte wie Freiheit und Demokratie zerstört haben“, in beiden Systemen, „[e]in allmächtiger Zentralstaat [...] alles lenken, diktieren und regulieren wollte“, dass sowohl „unter der braunen“ als auch „unter der roten Herrschaft“ das „Individuum“ durch „das Kollektiv, die Masse“ verdrängt worden sei, „[d]er Einzelne [...] nichts, die Gesamtheit alles [galt]“, belegt die Wesensgleichheit von „Naziherrschaft und real existierendem Sozialismus“.⁹³

Blocher bringt den Antagonismus zwischen sozialistischer Diktatur und liberaler Demokratie auf die Formel ‚sozialistischer, allmächtiger Zentralstaat‘ versus ‚selbstbestimmten Individuum‘. Der Antagonismus wird dadurch so sehr entleert und verallgemeinert, dass auch die EU und die Schweizer Sozialdemokraten als Momente des sozialistischen *locus terribilis* geltend gemacht werden können. Damit kann Blocher argumentieren, dass die Virulenz des Antagonismus auch nach dem Zerfall der Sowjetunion und der vermeintlich unaufhaltsamen Globalisierung von Marktwirtschaft und liberaler Demokratie persistent bleibt. Nach wie vor und ungeachtet der katastrophalen Konsequenzen des Sozialismus sei der Glaube an die Allmacht des Staates ungebrochen:

„Die allgemeine Tendenz geht in Richtung Zentralismus, Kollektivierung, Vermassung, Zwangsregulierung, gleichmacherischen Sozialismus, gigantische Staatsgebilde, die dem Einfluss des Bürgers möglichst entzogen sein sollen. Die politische Macht wird dem ein-

92 Explizit macht Blocher (2000b) diese Bezüge in seinem Aufsatz „Freiheit statt Sozialismus. Aufruf an die Sozialisten in allen Parteien“.

93 Blocher 1999b: 5.

zelen Bürger weggenommen und auf anonyme Bürokraten und Funktionäre übertragen: Wie ehemals sollen einige wenige über viele herrschen. Um die Zustimmung einer Mehrheit zu bekommen, wird umverteilt, wird das Eigentum missachtet, wird der gleichmacherische Wohlfahrtsstaat propagiert, wird auf Pump gelebt, werden Schulden gemacht, wird dem sicheren Ruin entgegengesteuert. Arbeitslosigkeit, Armut und Resignation sind die Folgen.“⁹⁴

Die EU wird hier nicht explizit genannt, durch die Attribute ‚zentralistisch, gigantisch, Staatsgebilde, gleichmacherisch‘, die seit der EWR-Kampagne zum festen semantischen Inventar der Diskursivierung des europäischen Staatenbundes gehören, aber aufgerufen. Blocher deutet das Brüsseler Europa erneut als gegenwärtige Variante des sozialistischen Bedrohungskomplexes, um die kleine, seit jeher antisozialistische Schweiz, die während des Zweiten Weltkrieges „als praktisch einziger Staat auf dem europäischen Festland, völlig umzingelt von einer feindlichen Umgebung“ der totalitären Bedrohung die Stirn geboten habe, als letzte Bastion „der Freiheit, der Menschlichkeit, der Demokratie und des Rechts“ zu singularisieren.⁹⁵

Diese letzte Bastion, die ein „leuchtend[s] Vorbild einer menschenwürdigen Gesellschaftsordnung“ sein könnte, ist nicht nur von außen, durch die feindliche Übernahme der EU, sondern auch durch die „Versozialisierung“ von Innen bedroht.⁹⁶ Und hierfür macht Blocher nicht nur die Schweizer Sozialdemokraten, die ihren Glauben an den Sozialismus erst vor wenigen Jahren mit ihren ‚Pilgerreisen‘ in die DDR bekräftigten, sondern auch die anderen bürgerlichen Parteien verantwortlich:

„Es wäre zu einfach, die Verantwortung für diese katastrophale Entwicklung [gemeint sind die wachsende Verschuldung und die ansteigende Staatsquote, die Blocher im Anschluss an Milton Friedman als Indiz dafür betrachtet, dass die Schweiz inzwischen ein sozialistischer Staat sei; Anm. M.H.] allein den Sozialisten in die Schuhe zu schieben: Sozialisten gibt es leider in allen Parteien, auch in den bürgerlichen. Diese Versozialisierung haben wir den Linken und den Netten zu verdanken.“⁹⁷

94 Ebd.

95 Ebd.: 6.

96 Ebd.: 7. Blocher kombiniert hier die beiden traditionellen Selbstverständnisse der Schweiz als Felsenbastion und aufgeklärte Musterrepublik (vgl. Langejürgen 1993: 17).

97 Ebd.: 5

Der ‚Sozialismus‘ der ‚Linken und Netten‘ ist für Blocher nicht nur ein parteiübergreifendes „falsches politisches Programm“⁹⁸. Die sozialistische „Vision“ eines weniger mühsamen, lasten- und risikoärmeren Lebens“ entpuppt sich als „verhängnisvolle Lebensphilosophie“, als „süßes Gift, von dem nur schwer wegzukommen ist“.⁹⁹ Die wiederkehrende Metapher des ‚süßen Giftes‘¹⁰⁰ konzipiert den Sozialismus als körperfremde, von außen zugeführte Droge, die Profiteure sozialistischer Politik als Abhängige und die Politiker als Dealer, die ihren Kundenkreis erweitern, indem sie unabhängige Bürger in abhängige Untertanen verwandeln. Sie verschmilzt somit die unterschiedlichen Protagonisten des Außen zu einem gemeinschaftsgefährdenden symbiotischen Bedrohungskomplex.

„Die Bürger hoffen auf ein sorg- und müheloses Leben, und die Politiker können ihre Bedeutung hervorheben und ihre Macht sichern, indem sie durch Umverteilung und Ausgabenbeschlüsse ein solches Leben zu garantieren vorgeben. [...] Nicht nur den Schwachen und Hilflosen wird gegeben, sondern auch und gerade den Gesunden und Starken.“¹⁰¹

Die wohlfahrtsstaatliche Umverteilungspolitik entspricht nicht etwa dem Willen einer solidarischen Ausgleichsgesellschaft, die es sich zum Ziel setzt, auch marginalisierten Gruppen einen gewissen Lebensstandard zu ermöglichen und die desintegrativen Effekte von Modernisierungsprozessen abzufedern. Die Metapher des süßen Giftes konzipiert den aktiven Wohlfahrtsstaat als Herrschaftsinstrument und verleiht Blochers Antisozialismus eine dezidiert populistische, gegen die Herrschenden gerichtete Stoßrichtung. Denn, wie in der Drogenpolitik, bezahlen auch hier die Nicht-Abhängigen: Die „Leistungswillige[n] werden zu Abgaben gezwungen, ausgenützt, für dumm verkauft und für ihren Einsatz bestraft“¹⁰².

Entsprechend wird der geforderte Rückbau des Wohlfahrtsstaates nicht in erster Linie volkswirtschaftlich, sondern moralisch begründet. Die Verwirklichung des Selbstverantwortungsprinzip bezeichnet hier nicht etwa eine alternative Anpassung an eine veränderte Umwelt, die in den Diskursen der neuen Mitte als überfällige Reaktion auf einen global gewordenen Wettbewerbsdruck geltend gemacht wird, sondern die Verwirklichung einer moralisch richtigen Politik. Die Leitdifferenz lautet nicht ‚Gewinn/Verlust‘, sondern ‚hart arbei-

98 Ebd.

99 Ebd.: 7f.

100 Vgl. auch Blocher 2000b: 5.

101 Blocher 1999b: 8.

102 Ebd.

tend/faul'. Es ist dieser moralische Antagonismus, der den Widerspruch zwischen einer etatistischen Position in der Agrarpolitik (der Forderung nach einer starken staatlichen Subventionierung der Schweizer Landwirtschaft) und einer neoliberalen Position auf allen anderen Politikfeldern (der Forderung nach einer konsequenten Verschlinkung eines ‚teuren, ineffizienten Staates‘) überbrückt. Denn nur unter dieser Voraussetzung, lassen sich die im europäischen Vergleich üppigen Agrarsubventionen, mit denen der Schweizer Staat die heimische Landwirtschaft protegiert, mit dem konsequenten Rückbau des Wohlfahrtsstaates vereinbaren. Wenngleich die Bauern aufgrund ungünstiger Standortfaktoren nicht rentabel wirtschaften können und staatlicher Protektion bedürfen, gehören sie selbstverständlich der Wir-Gruppe der Werktätigen an.¹⁰³

Aufgrund des moralischen Charakters des Selbstverantwortungsprinzips wird seine Legitimität nicht daran gemessen, ob es sein Versprechen, Leistung würde mit sozialem Aufstieg honoriert, tatsächlich einlöst. Die neoliberalen Forderungen nach Deregulierung, Privatisierung und Steuersenkungen werden keineswegs auf einen egoistischen Einzelnen bezogen, dessen Streben nach Glück weder protegiert noch begrenzt werden soll, sondern als Restauration eines archaischen, wohlgeordneten Gemeinwesens diskursiviert, in dem jeder den ihm qua Natur zugewiesenen Platz einnimmt.

Die Akzeptanz dieser organisch gewachsenen Hierarchien konstituiert gleichzeitig die antagonistische Grenze, welche die „wahre Elite“ von der „falschen Elite“ und das „arbeitssame Volk“ von denjenigen unterscheidet, die „das süße Gift“ des europäisch-massengesellschaftlichen Sozialismus entweder verbreiten oder ihm verfallen sind.¹⁰⁴ Diese Subversion ermöglicht eine semantische Transformation von Identitätsmarkern: Riten, Kleidungsstile oder das gebrochene Hochdeutsch der Dialektsprecher, die in anderen Diskursen als Zeichen von Folklore, Rückständigkeit oder Bildungsferne erscheinen, verwandeln sich in Essenzen des Volkes als einer ‚wahren, blockierten Elite‘.

So bringt Blocher nicht nur die zentralen Identifikationsbegriffe der bürgerlichen Schweiz (Freiheit, Selbstverantwortung, Leistungswille, Menschlichkeit, Demokratie, Recht) gegen ein moralisch korrumpiertes, sozialistisches Anderes

103 Dieser Widerspruch (zwischen der etatistischen Forderungen eines aktiven Staates in der Landwirtschaft auf der neoliberalen Forderung des Rückbaus eines ‚teuren, ineffizienten Staates‘ in anderen Sektoren) wird als einer der zentralen Widersprüche der SVP betrachtet (vgl. Betz 2012; Wirz 2011), indes wird nicht gefragt, wie es der SVP gelang, diesen Widerspruch in eine schlichte Differenz zu transformieren.

104 Explizit vollzieht Blocher diese Trennung etwa in der Albisgütli-Rede von 2002 (vgl. Blocher 2002).

in Anschlag, sondern verleiht dieser Wir-Sie-Unterscheidung eine bemerkenswerte historisierende Rückversicherung:

„Schon Jeremias Gotthelf hat geschrieben: ‚Nimmer und nimmer dürfen wir vergessen, und das ist ein Unterschied, der sein soll zwischen uns und den anderen Völkern, solange wir Schweizer sein wollen (...); dass die Kraft bei uns im Einzelnen liegt und jedes einzelnen Wiege das Haus ist, während andere Völker ihre Kraft in der Masse suchen und der Masse Kraft in ihrer Grösse und Verkittung.‘“¹⁰⁵

Blochers Rückgriff auf den konservativen Schweizer Literaten Jeremias Gotthelf ist keineswegs singular für den Diskurs des SVP-Populismus. Ende der 1990er Jahre avancieren Gotthelf und der auf der Flucht vor den Nazis in die Schweiz emigrierte Ökonom und Sozialphilosoph Wilhelm Röpke zu den wichtigsten Gewährsmännern der SVP. Gotthelf und Röpke belegen die Inkompatibilität zwischen einer genuin schweizerisch-freiheitlichen politischen Kultur, die den in kleinräumig-organisch Gemeinschaften verwurzelten Einzelnen zum Ausgangs- und Bezugspunkt von Politik und Gesellschaft erklärt, und einer europäisch-sozialistischen politischen Kultur des Großräumigen und der Masse.¹⁰⁶ Die Kritik der (zentralistisch-technokratischen) Verfassung der EU, die Blocher & Co im Rahmen der Kampagne gegen den EWR formulierte, verwandelt sich in einen unhintergehbaren Mentalitätsunterschied zwischen der Schweiz und dem europäischen Ausland. In der Brüsseler Bürokratie und dem Vertrag von Maastricht findet dieser Unterschied bloß seinen aktuellen Ausdruck. In Wirklichkeit aber wurzelt er in zwei diametralen soziokulturellen Substraten: einem massengesellschaftlichen, sozialistisch-europäischen Untertanenkultur, die aus den zentralstaatlich organisierten, absolutistischen Monarchien hervorging und einer demokratischen, selbstverantwortlichen schweizerischen Kultur, die parochialen, autarken Kleingemeinschaften entwuchs.

Der Gegensatz von Masse und Einzelnem, den Blocher mit Gotthelf ins Feld führt, dient insofern nicht nur der Unterscheidung zwischen der Schweiz und den anderen europäischen Staaten. Der Topos der Masse¹⁰⁷ fungiert als Knotenpunkt des antagonistischen Außen. Dabei sind es drei Diskursstränge, die in der ‚Masse‘ zusammenlaufen: (1) der bereits nachgezeichnete ethnonationalistischer Diskursstrang, der die Masse als europäisch, den in organischen Gemeinschaften

105 Blocher 1999b: 6.

106 Vgl. exemplarisch Blocher 1997c; Blocher 2000b: 4; Baader u.a. 1999: 53.

107 Zur Bedeutung und Funktion des Topos der Masse in konservativen Kulturkritiken vgl. Thies 2013.

verwurzelten, selbstverantwortlichen Einzelnen hingegen als schweizerisch vorstellt; (2) ein konservativ-kulturkritischer Diskursstrang, laut dem die moderne, von tradierten Autoritäten entfesselte Massengesellschaft die Menschen in anonyme, indifferente, bindingslose Nomaden verwandle, die nur durch die Wiederbelebung der vor-staatlichen, mikrosozialen und ‚natürlichen‘ Sozialisationsorte (Hof, Familie, Verein, Gemeinde) reintegriert werden können; und (3) ein neoliberaler Diskursstrang, der das selbstverantwortliche Individuum ins Zentrum von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft rückt und den egalisierenden Wohlfahrtsstaat als politische Apparatur des massengesellschaftlichen Zwangs zu Konformität und Mittelmäßigkeit abbauen möchte.

Im Knotenpunkt der ‚Masse‘ fusionieren das neoliberale Selbstverantwortungsprinzip, für dessen Durchsetzung die Partei in der Wirtschafts- und Sozialpolitik streitet, und die nationalkonservative Rehabilitierung der organischen Mikrogemeinschaften mit ihren ‚vopolitischen, natürlichen‘ Hierarchien und Pflichten, an der die Partei gesellschaftspolitisch festhält. Wie diese Fusion genau funktioniert, illustriert das folgende Röpke-Zitat, mit dem Eduard Stäuble seine Kritik der modernen Gesellschaft auf den Punkt bringt:

„Masse und Konzentration auf jedem Gebiet geben der modernen Gesellschaft das Gesicht. Sie ersticken mehr und mehr den Bereich der Eigenverantwortung, des Eigenlebens und des Eigendenkens und geben dem kollektiven Denken und Fühlen stärksten Auftrieb. Jene kleinen Kreise – von der Familie angefangen – mit ihrer menschlichen Wärme und ihrer natürlichen Solidarität, weichen der Masse, der Konzentration, der gestaltlosen Menschenanhäufung in den Grossstädten und Industriezentren, der Entwurzelung, den Massenorganisationen, der anonymen Bürokratie, der Riesenunternehmungen und schliesslich des Staates, der diese in Individuen zerbröckelnde Gesellschaft mit dem Zwangsapparat des Wohlfahrtsstaates, der Polizei und den Steuerbehörden zusammenfasst. [...] Es muss alles getan werden, um den Schwerpunkt der Lebensverantwortung wieder zu verlegen vom staatlichen Zentrum an die Stelle, die gesundes Denken und geschichtliche Erfahrung als die natürliche Stelle verlangt, hin zum Einzelnen inmitten seiner Familie, zu den dezentralisierten staatsfreien Organisationen, zu den breiten Schichten der Völker.“¹⁰⁸

Röpkes respektive Stäubles Argumentation zeigt: Der „phänomenale Spagat“¹⁰⁹ des SVP-Populismus, der den potentiell antagonistische Differenz zwischen der nationalkonservativen Restauration vor-staatlicher, organisch-solidarischer Gemeinschaften und der neoliberalen Stilisierung des selbstverantwortlichen Indi-

108 Röpke, zit. in: Baader u.a. 1999: 53.

109 Buomberger 2004: 210.

viduums als äquivalente Momente ein und derselben Identität artikuliert, konstituiert sich im Außen. Das massengesellschaftliche Andere ermöglicht es, komunitaristische Gemeinschaftssemantiken mit dem neoliberalen Prinzip der Selbstverantwortung des Einzelnen zu artikulieren und diverse flottierende Elemente entweder einem liberal-konservativen ‚Wir‘ oder einem sozialistisch-massengesellschaftlichen ‚Sie‘ zuzuordnen. Die paradoxe Äquivalenz aus neoliberalen und nationalkonservativen Momenten im SVP-Populismus gründet auf der Abgrenzung von einer europäischen, in Individuen zerbröckelten und durch den Wohlfahrtsstaat gleichgeschalteten sozialistischen Massengesellschaft. Im Topos der Masse fallen die sozialstaatliche Angleichung und die anonymisierende Vereinzelung zusammen.¹¹⁰ Sie werden zu Teilaspekten eines europäisch-sozialistischen Anderen und lassen den neoliberalen Angriff auf den Wohlfahrtsstaat als politischem Überbau der Massengesellschaft und die konservative Revitalisierung von Familie und Gemeinde als äquivalente Willensakte ein und derselben autochthonen Schweiz erscheinen. Somit verwandelt die antagonistisch komponierte Essenz des Sonderfalls die partikularen politischen Forderungen der Zürcher SVP, die Blocher im Mittelteil der Rede auflistet (der Ausbau der direkten Demokratie durch die Volkswahl des Bundespräsidenten, die Wahrung des Wettbewerbsföderalismus und der bewaffneten Neutralität, der Kampf gegen Kriminalität und illegale Masseneinwanderung sowie der Rückbau des Sozialstaates) in universelle Ziele des Schweizervolkes.

Zum Abschluss der Rede blickt Blocher in die Zukunft. Für das 21. Jahrhundert prognostiziert er eine Polarisierung des Parteiensystems. Und während er seinem *politisch-ideologischen Gegner*, dem Sozialismus, eine Zukunft einräumt, prognostiziert er seinen *strategischen Gegnern*, den Parteien der bürgerlichen Mitte, die baldige Auflösung:

„Auf der linken Seite wird es stets die Sozialisten geben. Sozialisten gibt es künftig, weil der Sozialismus eine so bequeme Politik ist. [...] Auf der anderen Seite wird die SVP [...] das grosse Gegengewicht bilden. Auch die freiheitlichen und verantwortungsvollen Wähler anderer bürgerlicher Parteien – namentlich der FDP und der CVP – werden sich unserer Partei anschliessen. Diese neue Partei [...] würde wohl am besten den Namen Selbst-Verantwortungs-Partei tragen, oder ganz neu: SVP. Der linke Flügel der FDP, der CVP – auch einzelne aus der heutigen SVP – werden dann eine neue Partei namens WWP gründen. Die WWP ist dann die Partei, die – wie Franz Steinegger sagt – weder links noch rechts steht. Die grosse Frage, was der Staat tun soll, die grosse Frage Sozialismus oder Freiheit stellt sich für diese Leute nicht mehr [...]. Dann werden wir eine Schweiz mit drei

110 Vgl. Thies 2013: 80.

Parteien haben: der SVP, der SP und der WWP. (Ich merke, dass nicht alle in der Politik so bewandert sind, dass sie wissen, was WWP eigentlich heisst. Aber es ist doch klar: es ist die ‚Wischi-Waschi-Partei‘!)“¹¹¹

Der transhistorische Konflikt zwischen dem artifiziellen und allmächtigen Zentralstaat des Sozialismus und der organischen Gemeinschaft selbstverantwortlicher Schweizer Bürger wird demnach auch die Zukunft prägen. Die Passage zeigt, dass durch die Entleerung und Verallgemeinerung der Alternative ‚(europäischer) Sozialismus oder (schweizerische) Selbstverantwortung‘, mit der Blocher & Co den politischen Raum entzweien, der politischen Mitte, die einst den ‚konkordanzdemokratischen Sonderfall Schweiz‘ für sich beanspruchen konnte, nunmehr jede politische Existenzberechtigung abgesprochen wird. In diesem Freund-Feind-Szenario erscheint jeder Versuch der Aktualisierung der Konkordanz und des Austarierens von wohlfahrtsstaatlich gesicherten Gleichheits- und individuellen Freiheitsrechten als opportunistische Geste eines ‚orientierungslosen Establishments‘, das lediglich „Pöstchen in Verwaltung und Behörden“¹¹² anstrebt, aber unfähig ist, sich politisch zu identifizieren.

Der Diskurs der SVP ist weder dialektisch noch eschatologisch: Es wird weder ein post-politisches Ende von Geschichte imaginiert noch eine harmonische Gesellschaftsordnung in Aussicht gestellt, die in der Lage wäre, den transhistorischen Antagonismus zwischen ‚Freiheit‘ und ‚Sozialismus‘ zu synthetisieren. Gleichwohl ist dem SVP-Populismus ein utopisches Moment immanent – wenn gleich in einer arche-politischen, rückwärtsgewandt-nostalgischen Variante. Dieses Moment artikuliert sich neben dem Gemeinschaftsbegriff auch im Begriff der Heimat:

„Wir verstehen unter Heimat nicht nur ein Stückchen Erde, sondern auch die Geschichte, die sich darauf abgespielt hat, die Gemeinschaft von Menschen, die sich kennen, das Geborgensein in Landschaft, Dörfern und Städten. Wer uns das schmälert oder wegnimmt, tut etwas Furchtbares, denn er mordet ein Stück unserer Seele und vergiftet die geistige Luft, die wir atmen.“¹¹³

Der Heimatbegriff stellt ein vorpolitisches, parochiales, in organischen Kleingemeinschaften wurzelndes und allenfalls subsidiär organisiertes *Heartland* vor. Die Heimat ist ein widerspruchsfreier Raum, ein ursprünglicher, natürlich-

111 Blocher 1999b: 17.

112 Vgl. Blocher 2000a: 7.

113 Ebd.: 14.

wohlgeordneter, autarker und widerständiger locus amoenus, in dem jeder seinen Platz einnimmt und auf „unterschiedlichen Stufen unseres Gemeinwesens Verantwortung“¹¹⁴ trägt. Dieser differenzlogisch komponierte Mythos imaginiert eine Ur-Schweiz als hierarchisch strukturierte Gesellschaft ohne Antagonismus, deren natürliches Gleichgewicht erst durch den Sündenfall des ‚europäischen Sozialismus‘ und seine Nachahmer im Inland gestört wurde. Dieses archepolitische *Heartland* ist das notwendige Pendant der „Antipolitik“¹¹⁵ des SVP-Populismus. Denn erst vor dem Hintergrund dieses vorpolitischen Originals ist jeder politische Steuerungsversuch nicht nur ökonomisch ineffizient, sondern zugleich fremdartig und gemeinschaftszersetzend. Der Antipolitik und dem Antietatismus des SVP-Populismus liegt keineswegs ein volkswirtschaftlich begründetes Alternativlosigkeits-Argument zugrunde, sie sind moralisch angezeigt.

In diesem moralischen Diskurs fungiert die von Politik und Staat seit jeher bedrohte Ur-Schweiz, die mit dem Heimatbegriff evoziert wird, als *objet a*.¹¹⁶ Sie steht für ein bedrohtes und zu großen Teilen bereits verlorengegangenes *Heartland*, dessen Restauration eine Kompensation des (irreduziblen) Mangels der Subjekte verspricht. Die Heimat vermittelt nicht nur Zugehörigkeit und Gemeinschaft. Sie ist gleichzeitig ursprünglich, natürlich-organisch, gerecht und zukunftsfähig. Sie symbolisiert eine antagonistisch blockierte Fülle, auf die sich die libidinösen Energien der Subjekte richten.

Der Affizierung des Heimatbegriffs (und seiner Bilderwelt) liegt ein diskursiv respektive antagonistisch organisierter Konstruktionsprozess zugrunde. Der Antagonismus gegenüber den wohlfahrtsstaatlich organisierten europäischen Massengesellschaften konstituiert die parochiale Ordnung der Heimat als spezifische Differenz der politischen Kultur der Schweiz. Dabei kontrastiert die Vagheit des Heimatbegriffs mit der postulierten Gegenständlichkeit der Sie-Gruppe, die für unterschiedliche Krisenphänomene verantwortlich gemacht wird. Die Identifizierbarkeit des inkompatiblen Anderen ist konstitutiv für die Stabilisierung der Wir-Identität. Sie kompensiert die Offenheit des Heimatbegriffs. Denn erst die stetige Schließung gegenüber konkreten antagonistischen Anderen verleiht dem kommunitaristischen *Heartland*-Mythos stabile politische Konturen, ohne ihre semantische Offenheit und ihr Integrationspotential zu sehr einzuschränken.

114 Mörgeli 1999.

115 Zum Begriff vgl. Diehl 2011: 27; mit Blick auf die SVP vgl. Hartmann/Gross 1995: 32.

116 Zur Semantik des Heimatbegriffs in der Ideologie der SVP vgl. auch Zollinger 2004: 80ff.

5.2.3 Zusammenfassung: Die geschichtspolitische Hegemonisierung des ‚Sonderfalls‘

Im vorhergehenden Unterkapitel konnte gezeigt werden, dass der geschichtspolitische Diskurs der Zürcher SVP die Vergangenheit als eine Serie kritischer Kreuzungspunkte diskursiviert, an denen der ‚Sonderfall Schweiz‘ jeweils auf dem Spiel stand. Staat und Politik sind nicht nur ökonomisch ineffizient, sondern spielen auch eine gemeinschaftszersetzende Rolle. Entsprechend behaupten Blocher & Co keineswegs, Neues zu begründen. Die Zürcher SVP hat ‚die den umliegenden Nationen diametral entgegengesetzte Kultur und Lebensweise‘ und ‚die Tüchtigkeit und Weisheit des Schweizervolkes‘ nicht erfunden, sondern wiederentdeckt und vom sozialliberalen Schutt der 1970er und 1980er Jahre befreit.¹¹⁷ Die Legitimität ihres politischen Projektes zehrt von dieser vermeintlich defensiven Orientierung.¹¹⁸ So wird auch dort, wo die SVP für Reformen politisiert, diesen Reformen ein restaurativer Charakter zugesprochen. Grundlegend für diese neokonservative Position ist die essentialistische Vorstellung eines originären Schweizervolkes, das jene Werte, mit denen es sich bis heute identifiziert, in zahlreichen Konflikten gegen ein selbstidentisches Europa und seine etatistischen Kollaborateure im Inland wahren konnte. Stets verteidigt sich ein ‚moralisches, widerständiges und arbeitsames Wir‘, angeführt durch eine ‚wahre, auftragsgebundene Elite‘ gegen ein ‚korruptiertes, parasitäres und machtpolitisch denkendes Sie‘.

Dieses geschichtspolitische Szenario lässt den Widerstand der Zürcher SVP als weitere Episode einer „Schweizerischen Gegenläufigkeit“¹¹⁹ erscheinen: Im gegenwärtigen Kampf gegen die europäische Integration, gegen die gesellschaftlichen Eliten und etablierten Repräsentationsorgane und für den Rückbau des Wohlfahrtsstaates und die Wahrung der Unabhängigkeit steht derselbe Sonderfall auf dem Spiel, für den die Eidgenossen bereits 1291, 1499, 1648, 1792 und 1848 stritten, den sie zwischen 1939 bis 1945 gegen die ‚faschistische Umzingelung‘ zu verteidigen wussten und der sie während des Kalten Krieges zur antisozialistischen Bastion machte. Im Rahmen dieser Analogisierung von Geschichte, Gegenwart und Zukunft erscheint die Oppositionspolitik der SVP als Fortfüh-

117 Ähnliches stellt Stuart Hall (1986: 101) für den Thatcherismus fest.

118 Zur defensiven Selbstbeschreibung Blochers vgl. Altwegg 2004: 88.

119 Blocher 1999b: 13. Blocher paraphrasiert hier das berühmte Diktum des Schweizer Politologen Karl Schmidts, wonach eben jene Gegenläufigkeit konstitutiv für den Erfolg der Schweiz sei.

rung eines Zweikampfes, der die Schweizer Geschichte seit jeher prägte. Diese zyklisch-periodische und binär-antagonistisch strukturierte Repräsentation der Schweizer Geschichte ermöglicht dem politischen Projekt der Zürcher SVP sich zu universalisieren und die „partikularistische Selbstbezogenheit zum Schweizer Nationalcharakter von Freiheit und Unabhängigkeit“¹²⁰ zu stilisieren. Denn erst die Repräsentation eines transhistorischen Bedrohungskomplexes, der aus der äquivalenzlogischen Artikulation von absolutistischen, (national-)sozialistischen, europäischen und intellektuellen Momenten hervorgeht, lässt die Äquivalenz aus konservativen, neoliberalen, oppositionellen und plebiszitären Momenten zur Essenz der Schweizer Nation avancieren.

Zugleich unterminiert diese Repräsentation der Schweizer Geschichte die politische Kultur der Konkordanz. Der geschichtspolitische Diskurs der Zürcher SVP bewirkt sozusagen einen Seitenwechsel des Sonderfallbegriffs: Konstituierte sich der konkordanzdemokratische Exzeptionalismus einst durch eine Vielzahl peripherer Antagonismen gegenüber diversen ‚irrationalen, extremistischen und unschweizerischen fundamentaloppositionellen Gruppen‘, deren „schwarzweiß polarisierten Zukunftserwartungen“¹²¹ er Vernünftigkeit und Legitimität absprach, fixiert der SVP-Populismus den Sonderfall Schweiz fortan innerhalb einer binär strukturierten Matrix. Dadurch mutiert Blochers Attitude des ‚standhaften, rigorosen und wenn nötig sturen Neinsagers‘, für die ihn der konkordanzdemokratische Diskurs als ‚unschweizerisch‘ disqualifiziert, zum Symbol eines genuin schweizerischen, dem Exzeptionalismus verpflichteten Widerstandsgeistes.

Dieser Hegemonisierung des Sonderfalls liegt die Konstruktion eines transhistorischen Antagonismus zugrunde. Denn nur die Imagination eines Bedrohungskomplexes kann die (potentiell antagonistischen) Differenzen unter dem Dach des Sonderfallbegriffs äquivalent setzen. Erst die Präsenz dieser übergeordneten antagonistischen Differenz transformiert die inneren Antagonismen in schlechte Differenzen einer politischen Entität und sorgt dafür, dass die innere Heterogenität des Sonderfallbegriffs nicht zu seiner Dissolution führt.

Die Momente der beiden Äquivalenzketten (Freiheit, Föderalismus, Demokratie und Bodenständigkeit respektive Monarchie, Zentralismus, Bürokratie, Intellektualismus, Sozialismus und Totalitarismus) werden gerade nicht als kontingent artikulierte Elemente, sondern als Epiphänomene zweier diametraler organisch gewachsener Einheiten vorgestellt. So gehen die Schweizer Momente ‚Freiheit, Föderalismus, Demokratie und Bodenständigkeit‘ auf einen genuin

120 Guggenbühl 1998: 45.

121 Meier-Dallach 1988: 113.

schweizerischen, selbstverantwortlichen Einzelnen zurück, den allein die SVP vertritt, wohingegen die europäischen Momente ‚Monarchie, Zentralismus, Bürokratie, Intellektualismus, Sozialismus und Totalitarismus‘ den genuin europäischen Massengesellschaften entwachsen, deren politische Erben die ‚Linken und Netten‘ sind.

Die Restrukturierung des politischen Raumes, die mit der Konstruktion der beiden diametralen Äquivalenzketten verbunden ist, führt zu semantischen Transformationen der artikulierten Momente. Es handelt sich eben nicht um eine schlichte Okkupation des Schweizer Exzeptionalismus, sondern um eine hegemonale Reartikulation, welche die Semantik des Sonderfalls durch neue Singularisierungsstrategien modifiziert: Dadurch dass die EU beispielsweise, die in der EWR-Kampagne noch als künstliche, von Intellektuellen ausgeheckte Bedrohung der organisch gewachsenen europäischen Nationen und Völker erschien, als Fortführung der massengesellschaftlich-zentralstaatlichen Traditionen dieser Nationen repräsentiert wird, erscheint der ‚Sonderfall Schweiz‘ nicht mehr als *primus inter pares*, als die pluralistische, konkordanzdemokratisch integrierte Musterrepublik, die allen anderen Staaten ein Vorbild sein könnte, sondern als ein umstelltes, ideologisch geeintes und wehrhaftes Eiland inmitten eines zentralistisch gleichgeschalteten Europas. Die Kontinuation im Außen erwirkt eine transhistorische Singularisierung des Schweizervolkes und der Schweizer Nation, die es der Zürcher SVP erlaubt, vielfältige Differenzen gemeinsam zu artikulieren und unter ihrer Ägide zu vereinen.

5.3 DEMOKRATIE UND PLURALISMUS. ZUR SEMANTISCHEN TRANSFORMATION IDENTITÄTSSTIFTENDER BEGRIFFE IM SVP-POPULISMUS

Im vorangegangenen Kapitel habe ich mich hauptsächlich mit der Äquivalenzkette im Außen beschäftigt und gezeigt, dass die Hegemonisierung des Schweizer Sonderfalls durch die SVP nur durch die Konstruktion eines multiplen Bedrohungskomplexes aus konkreten, identifizierbaren Entitäten möglich wurde. Im Folgenden leuchte ich in die Worthölse ‚Sonderfall‘ hinein und beschäftige mich mit den Bedeutungsverschiebungen, die seine Momente im Zuge ihrer Reartikulation erfahren.

Ich konzentriere mich dabei in erster Linie auf die gemeinsame Artikulation von Demokratie und Pluralismus. Denn diese beiden Elemente sind aus zwei Gründen besonders interessant. Erstens handelt es sich um sedimentierte leere

Signifikanten, die von allen bedeutungsvollen politischen Kräften in Anspruch genommen und bei der Konstruktion des ‚Sonderfalls Schweiz‘ seit jeher maßgeblich involviert sind. Zweitens ist ihre gemeinsame Artikulation eine paradoxe. Wohingegen der Demokratiebegriff der Zürcher SVP einen positiven Freiheitsbegriff und ein bejahendes Verhältnis zu Politik kolportiert, konstruiert die Artikulation eines parochialen Pluralismus- und Freiheitsbegriffs Politik als *per se* parasitäres Moment.

Der konkordanzdemokratische Diskurs artikuliert Demokratie in erster Linie als Modus der konsensförmigen Integration einer multikulturellen Gesellschaft, die sich in den verfassungsmäßig forcierten Aushandlungsprozessen zwischen den etablierten politischen Repräsentanten vollzieht. Gegen diesen hegemonialen Diskurs verflechtet der von der Zürcher SVP geführte Demokratiebegriff drei Traditionen: Erstens eine liberale Tradition, in der Demokratie als temporale Gewaltenteilung gedacht wird; zweitens eine agonistische Tradition, in der Demokratie als umkämpfte Selbstinstitutionierung einer pluralistischen Gesellschaft betrachtet wird und drittens eine kommunitaristisch-identitäre Tradition, in der Demokratie als unmittelbarer Ausdruck einer substantiell begründeten Willensgemeinschaft bzw. als Herrschaft einer in einer geteilten Sittlichkeitsvorstellung begründeten *volonté générale* vorgestellt wird.

Bemerkenswert ist insbesondere das Verhältnis zwischen der zweiten und der dritten Tradition. Hierin zeigt sich nämlich, dass der SVP-Populismus zwischen einem integrativen politischen Pluralismus und einer Negation desselben oszilliert, die den exklusiven „antiliberalen und vormodernen“¹²² Demokratiebegriff der alteidgenössischen Landsgemeinden aktualisiert. Auf der einen Seite argumentiert Blocher, dass die konkordanzdemokratische Aberkennung einer systematischen Opposition der demokratischen Qualität des politischen Gemeinwesens nicht zuträglich sei. „Eine funktionierende Demokratie setzt nämlich Alternativen voraus.“ Weil „[d]as Eintrichtern von Einheitsmeinungen und angeblich Zwangsläufigem von oben [...] undemokratisch [ist]“, sei es so wichtig, dass „[w]ir nicht davor zurückgestreckt [sind], das ‚Udenkbare‘ zu denken, [...] neue Anstöße und auch Zündstoff für die politische Diskussion geliefert [haben]“.¹²³ Die Auseinandersetzung über grundsätzliche und zukunftsweisende Fragen des gesellschaftlichen Zusammenlebens wie etwa den Beitritt zum EWR ist für Blocher Kernstück und Sternstunde der Demokratie. Die „intensive politische Auseinandersetzung“ ist „das wichtigste Kennzeichen einer guten politi-

122 Lang 2009.

123 Blocher 2000a: 15.

schen Kultur“.¹²⁴ Natürlich versucht Blocher, mit solchen Aussagen die politische Oppositionsstrategie des Zürcher Flügels als Dienst an der größeren Sache der Demokratie zu nobilitieren. Zugleich ist diese Argumentation aber demokratietheoretisch gehaltvoll. Im Gegensatz zum konkordanzdemokratischen Imaginären, dem die Illusion einer vollkommen integrierten Gesellschaft zugrunde liegt und das jede Manifestation des Politischen unter Extremismus-Verdacht stellt und als ‚unvernünftig‘ und ‚unschweizerisch‘ zu dezertifizieren versucht, betont Blocher, dass demokratische Politik die Konstruktion von Wir-Sie-Unterscheidungen voraussetzt. Er plädiert für einen politischen Pluralismus und wirbt für ein demokratisches Imaginäres, das Politik als Kampf um die Selbstinstitutionierung der Gesellschaft begreift und nicht-konsensfähige Elemente inkludiert. Nicht der deliberativ erzeugte Elitenkonsens, sondern die antagonistische Auseinandersetzung jenseits des konkordanzdemokratischen Imperativs der pragmatischen Konfliktlösung erscheint als die adäquate politische Inszenierung einer pluralistischen Gesellschaft.

Gleichzeitig jedoch erscheint Politik im SVP-Diskurs als parasitär und überflüssig. Denn auf der anderen Seite des europäisch-sozialistischen Anderen lassen Blocher & Co das arche-politische *Heartland* einer differenzlogisch komponierten, idyllischen Ur-Schweiz erscheinen, in der das Prinzip der Selbstverantwortung dafür Sorge trage, dass jedem das Seinige zu Teil werde, jede Differenz die für sie vorgesehene Position einnimmt. Politik ist weder die Folge von gesellschaftlichem Pluralismus noch der Versuch, den Pluralismus konsensual zu transzendieren. Sie ist im Grunde illegitim und überall dort in ihre Schranken zu weisen, wo die ursprüngliche, natürliche und gerechte Ordnung infrage gestellt wird.

Der *Heartland*-Mythos der SVP ist also nicht nur konstitutiv für die Konstruktion der populären Äquivalenz. Indem er ein europäisch-sozialistisches Außen vorstellt, das der Schweiz prinzipiell fremd sei, sorgt er für die Stabilisierung der Äquivalenzkette. Er wirkt apodiktisch. Denn der Antagonismus wird hier nicht als intrinsisches Element der demokratischen Gesellschaft, sondern als externe Entität vorgestellt. Das antagonistische Andere ist eben nicht das notwendige Komplement des Systems. Für seine Blockade müssen vielmehr fremde, nicht-zugehörige Phänomene haften, die das einst ‚gute und gesunde System‘ korrumpiert haben.¹²⁵ In dieser Konstruktionslogik des antagonistischen Anderen manifestiert sich ein Grundzug des SVP-Populismus: Seine Kontinuität geht da-

124 Blocher 1998: 15.

125 Vgl. hierzu auch die Kritik der Laclau'schen Populismustheorie von Slavoj Žižek (2009: 278ff.) sowie für eine knappe Zusammenfassung vgl. Casula 2012: 58f.

rauf zurück, dass der Mangel, den etwa der vage Heimatsbegriff zum Ausdruck bringt, einem multiplen Bedrohungskomplex aus positiven Gruppen angelastet wird, durch deren Ausschluss ein vorpolitisch-originäres Gleichgewicht wiederhergestellt werden könne.

Der Topos des ursprünglichen Gleichgewichts begründet ein politisches Szenario, das Jacques Rancière als das „doppelte Spiel“¹²⁶ eines ethnisch begründeten Rechtspopulismus bezeichnet: Die SVP-Populismus fordert „einerseits, gegen die Demokratie, eine Fundierung der Politik“ in der Tradition und der Geschichte und postuliert „andererseits, gegen den herrschenden Konsens, eine Behauptung der Befähigung des Volkes zur Politik“.¹²⁷ Damit dieser *Matchplan* aufgeht, wird die relative Leere des Volksbegriffs durch eine essentialisierende Geschichtspolitik verfüllt, die das Volk und seine Zukunft im Rahmen einer zyklischen Geschichtsphilosophie gefangen nimmt.

Demokratiethoretisch problematisch ist, dass sich durch diese Imagination das Prinzip der Volkssouveränität in der Verteidigung von Normen erschöpft, die von den Bürgern als zeit- und geschichtslose Essenzen des Gemeinwesens betrachtet werden. Das Phantasma eines vorpolitischen, wohlgeordneten Urzustandes avanciert zum universellen Bezugspunkt politischer Legitimität, sodass jede Politik, die gegen die Normen dieser vermeintlichen Ur-Schweiz verstößt, als ketzerische Abweichung wahrgenommen wird. Der geschichtspolitische Diskurs des SVP-Populismus schafft somit *antipolitische politische Subjekte*, die Politik nur dann als legitim anerkennen, wenn sie als Restauration dieser Ur-Schweiz geltend gemacht wird. Sein Staatsbürgerschaftskonzept entspricht dem von „politisierten Nicht-Bürgern“¹²⁸, die vermeintlich ursprünglichen Normen folgen, anstatt darüber zu beraten und zu entscheiden, unter welchen Gesetzen und in welcher Gesellschaft sie leben möchten. „Die Beschwörung traditioneller Sittlichkeit geht einher mit einem starken Misstrauen gegen ‚die Politik‘, die mehr als Gefahr für das private Leben und Geschäften denn als Chance für die Gestaltung der Öffentlichkeit begriffen wird.“¹²⁹

Was mit Rancière als „doppeltes Spiel“ bezeichnet wurde, lässt sich hege-monietheoretisch auch als Ineinandergreifen von Äquivalenz- und Differenzlogik beschreiben. Einerseits sind die artikulierten Elemente äquivalent, da sie alle von Politik und Staat bedroht sind: Fleiß, Bescheidenheit, Selbstbehauptung, Eigenständigkeit, Verantwortlichkeit, Unabhängigkeit, Selbstbestimmung bezeich-

126 Rancière 2006.

127 Ebd.

128 Greven 1999: 205; vgl. auch Sauer 2002: 133.

129 Lang 2000: 101.

nen alle dasselbe, nämlich die Zugehörigkeit zu einer abwesenden harmonischen Schweizer Urgesellschaft. Andererseits wird ihre äquivalenzlogische Überdeterminierung differenzlogisch eingehegt, indem ihnen ein fester Platz in dieser originären Gemeinschaft zugewiesen wird, an dem sie sich vollkommen entfalten könnten. Das oben zitierte Ideal Christoph Mörgelis, jeder möge „auf unterschiedlichen Stufen unseres Gemeinwesens Verantwortung übernehmen“¹³⁰, ist paradigmatisch für die „Antipolitik“¹³¹ des SVP-Diskurses. Sie zehrt von der Vorstellung eines *Heartland*, in dem die quasi-natürliche Prädetermination nicht durch politische Eingriffe gestört werde, sodass jedem das Seinige zu Teil werde.

Die äquivalenzlogische Überdeterminierung erwirkt eine Politisierung nach außen. Jede sektorielle Unrechtserfahrung avanciert zum Ausdruck eines universellen Unterdrückungsverhältnisses. Auf der anderen Seite sorgt der differenzlogisch komponierte *Heartland*-Mythos für eine Entpolitisierung nach innen. Die Differenzen werden strukturell absorbiert und arretiert. Der *Heartland*-Mythos stabilisiert den Diskurs. Er limitiert die Möglichkeiten der Reartikulation seiner Elemente, indem er sie dem Selbstverantwortungsprinzip unterwirft. Somit lässt sich die für populistische politische Projekte außergewöhnliche programmatische und stimmenmäßige Kontinuität des SVP-Populismus als Effekt eines archepolitischen Mythos verstehen, welcher der äquivalenzlogisch erwirkten Überdeterminierung der Elemente entgegenwirkt, ohne sie ihrer gemeinsamen antagonistischen Ausrichtung zu berauben.

Wie der konkordanzdemokratische Mythos stellt auch der SVP-Mythos die Möglichkeit einer pluralistischen Gesellschaft ohne Antagonismus in Aussicht. In beiden Diskursen beruht die Essentialisierung dieser Vorstellung zum genuin Schweizerischen auf der Externalisierung inkompatibler Differenzen. Der konkordanzdemokratische Mythos exkludiert die Bürgerinnen und Bürger, deren politische Positionen nicht konsensual integriert werden können, als unvernünftig und unschweizerisch; der SVP-Mythos diskursiviert diejenigen, deren Lebensweise seine Allgemeingültigkeit konterkarieren, als parasitäre Elemente und Kollaborateure eines transhistorischen Bedrohungskomplexes, der die Habsburger Monarchie, das napoleonische Frankreich, die faschistischen Achsenmächte, die Sowjetunion und die Europäische Union mit Migranten, Drogenabhängigen, Intellektuellen und sozial Schwachen zusammenschließt.¹³²

130 Mörgeli 1999.

131 Diehl 2011: 27.

132 Vgl. exemplarisch Mörgeli 2000b.

Im Unterschied zur Äquivalenzkette des konkordanzdemokratischen Diskurses gründet jene des SVP-Populismus nicht auf der Akzeptanz vermeintlich neutraler oder adäquater Verfahren der Entscheidungsfindung, sondern auf der Imagination der organisch gewachsenen Einheit eines eigentlichen Volkes, dessen Willen im Selbstverantwortungsprinzip zum Ausdruck käme. Die Kohäsion des Volkes wird nicht mehr als Effekt einer konkordanzdemokratisch-prozeduralisierenden Form von Politik gedacht. Im Gegenteil, das komplexe Institutionengefüge ist eigentlich obsolet. Denn es wird geltend gemacht, dass das Volk vor aller Politik existiere und in der SVP lediglich politisch Gestalt annehme. Die Herausforderung, eine pluralistische Gesellschaft zu integrieren, die im konkordanzdemokratischen Diskurs als Grund des proportionalen Repräsentationsregimes und der konsensorientierten Konfliktlösung fungiert, wird im SVP-Diskurs zugunsten der Vorstellung eines selbstidentischen, durch gemeinsame geschichtliche Erfahrungen und den gesunden Menschenverstand geeintes Volk suspendiert. Die Bevölkerung mag pluralistisch sein, zum Schweizervolk gehören aber nur diejenigen, die das Selbstverantwortungsprinzip gegen die Kolonialisierungstendenzen aus Bern und Brüssel verteidigen und gewillt sind, mit der SVP eine originäre, gerechte, wettbewerbsfähige und von fremden Elementen gereinigte Heimat zu restaurieren, in der jede Politik überflüssig sei.

Wie der SVP-Populismus diesen vermeintlich unvereinbaren Widerspruch zwischen der agonistischen und der kommunitaristisch-identitären Tradition in einem gemeinsamen Kampf vereinigt, werde ich im Kontext der Minarett-Initiative vorführen. Zunächst folgen jedoch ein kurzer Exkurs zu zwei gegenhegemonialen politischen Projekten und ein Kapitel zur zentralen Stellung Christoph Blochers im SVP-Populismus.